

## ■ Zahlen und Fakten

# ■ Globalisierung

## Global Governance - Inhalt

### ■ UN – United Nations

Die Entwicklung der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, 1945 bis 2006, Stand: Okt. 2009

### ■ The World Bank – IBRD / IDA

Stimmenverteilung in Prozent, Stand: März/April 2009

### ■ WTO – World Trade Organization

Mitglieder und Beobachter, Stand: 2009

### ■ IMF – International Monetary Fund

Stimmenverteilung in Prozent, Stand: Juni 2009

### ■ Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)

In absoluten Zahlen, weltweit 1909 bis 2007

### ■ Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)

NGOs mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), Stand: Juli 2009

### ■ Internationale Gerichtsbarkeit

Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Stand: 13.10.2013

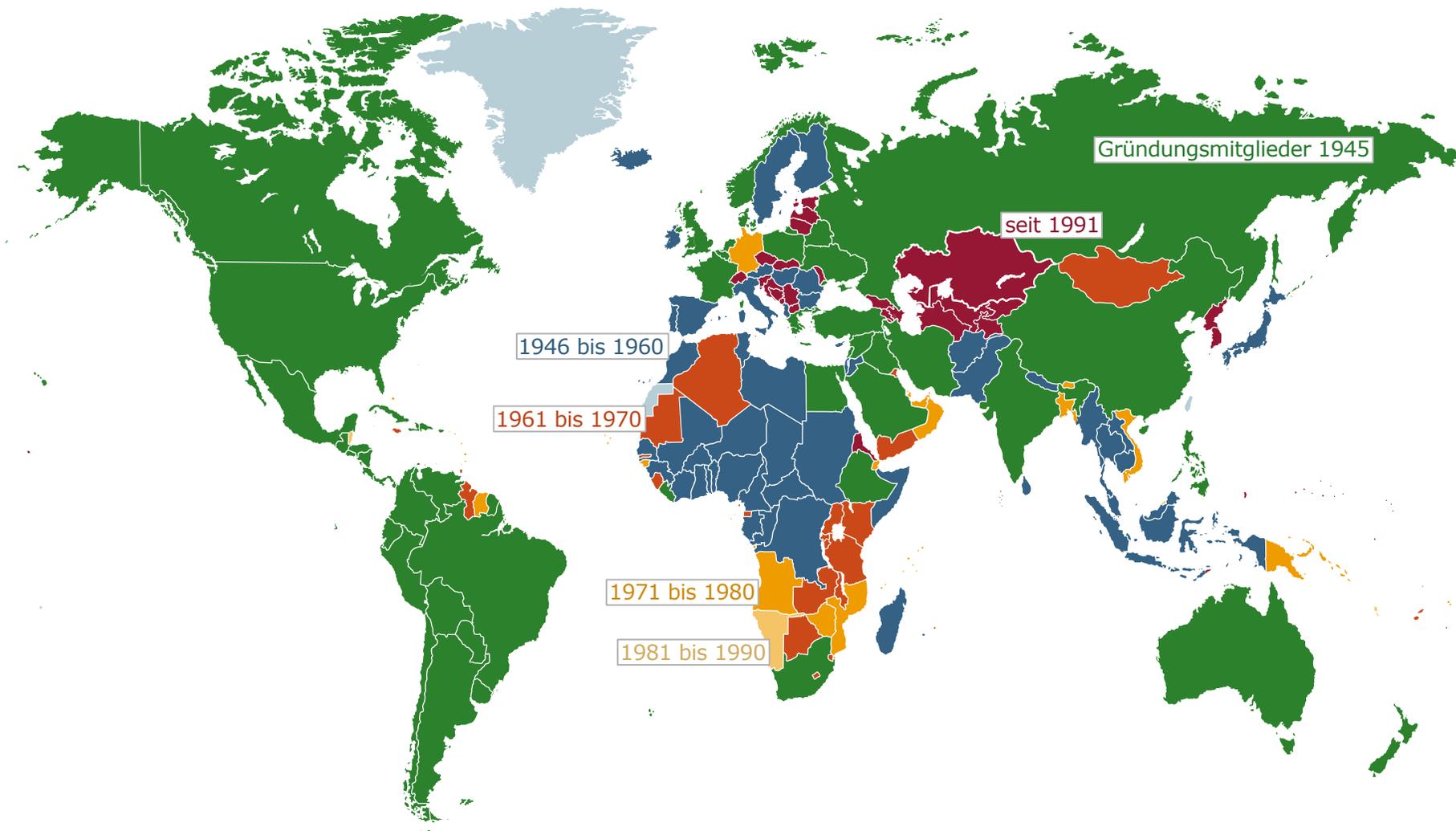
### ■ Internationale Verträge – Das Kyoto-Protokoll

Veränderung der Treibhausgasemissionen 2007 gegenüber 1990, Zielsetzung für 2008/2012

01	■ <b>UN Friedenseinsätze</b>	42
	Vergangene und laufende Einsätze, uniformiertes Personal in absoluten Zahlen, Stand: Sept. 2009	
07	■ <b>UN Global Compact</b>	47
	Zusammensetzung in absoluten Zahlen und in Prozent aller Mitglieder, Juli 2009	
13	■ <b>Global Health Governance (GHG)</b>	53
	Herausbildung von GHG-Institutionen bei der globalen Bekämpfung von HIV/AIDS, zeitlicher Verlauf	
21	■ <b>Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)</b>	59
	In Milliarden US-Dollar, 1980, 1990, 2000 und 2007	
25	■ <b>Internationale Treffen in Staaten und Städten</b>	64
	In absoluten Zahlen und Anteile an allen internationalen Treffen in Prozent, 2007	
29	■ <b>Politische Freiheit</b>	68
	Anteile der freien, eingeschränkt freien und unfreien Staaten in Prozent, 1978 bis 2008	
33	■ <b>Verbreitung demokratischer Staaten</b>	72
	In absoluten Zahlen und Anteil an allen Staaten in Prozent, 1989 bis 2008	
38		

# ■ UN – United Nations

Die Entwicklung der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, 1945 bis 2006, Stand: Okt. 2009



Quelle: UNRIC: [www.unric.org](http://www.unric.org)  
Lizenz: Creative Commons [by-nc-nd/3.0/de](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de)  
Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

# ■ ■ UN – United Nations

## ■ Fakten

Der Völkerbund war der erste Versuch, eine politische Weltorganisation zu schaffen. Da sich die USA am Völkerbund nicht beteiligten und andere wichtige Staaten austraten, blieb er jedoch unbedeutend. Noch während des Zweiten Weltkriegs nahmen der britische Premierminister Churchill und der amerikanische Präsident Roosevelt die Idee einer Weltfriedensorganisation wieder auf. Allerdings sollte sich die Weltgemeinschaft diesmal so organisieren, dass sie sowohl legitimiert als auch handlungsfähig sein würde. Anfang 1942 unterzeichneten nach den USA, Großbritannien, der Sowjetunion und China 22 weitere Nationen die „Erklärung der Vereinten Nationen“. Am 26. Juni 1945 beschlossen 50 Staaten in San Francisco die Charta der Vereinten Nationen (UN) – Polen folgte als 51. Gründungsmitglied am 15. Oktober 1945. Am 24. Oktober 1945 trat die Charta der UN in Kraft.

Die UN gewährleisteten in der Vergangenheit die Kommunikation im Kalten Krieg und begleiteten den Übergang von der Kolonialzeit zur Ära der unabhängigen Nationalstaaten – zwei Drittel der Staaten, die jetzt Mitglieder der UN sind, sind aus diesem Prozess hervorgegangen. Sie haben die Menschenrechte und Grundfreiheiten im globalen Rahmen kodifiziert, zahlreiche Friedenseinsätze durchgeführt und sich verschiedener globaler Probleme angenommen. Schließlich fördern die UN den Dialog zwischen den ökonomisch starken und schwachen Staaten.

Den UN gehören 192 Staaten und damit fast alle Staaten der Welt an. In den UN sind die Mitgliedstaaten durch ihre jeweiligen Regierungen vertreten. Die UN sind damit die einzige Organisation, die eine universelle Akzeptanz für sich in Anspruch nehmen kann.

Artikel 17 der UN-Charta bestimmt, dass die Ausgaben der UN von den Mitgliedstaaten zu tragen sind. Der sogenannte Beitragsausschuss ermittelt mit Hilfe eines komplexen Schlüssels die Beitragshöhe jedes einzelnen Mitglieds. Prinzipiell bestimmen ökonomische Faktoren wie zum Beispiel das Bruttonationaleinkommen und die Schuldenlast die Höhe des jeweiligen Beitrags. Statistisch werden dabei Zeiträume von bis zu sechs Jahren erfasst. Zudem erhalten Staaten mit einem niedrigen Pro-Kopf-Einkommen Abschläge und Staaten mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen Zuschläge auf den Beitragssatz. Für den Beitragssatz wurde eine Kappungsgrenze von 22 Prozent festgelegt (die faktisch nur die USA betrifft), der Mindestbeitragssatz liegt bei 0,001 Prozent. Wenn ein Mitglied mit der Zahlung seiner finanziellen Beiträge zwei Jahre im Rückstand ist, verliert es sein Stimmrecht in der Generalversammlung. Die Friedensmissionen der UN werden über eine gesonderte Kostenumlage finanziert, ebenso die Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda. Darüber hinaus werden die Programme und Fonds der UN aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten finanziert.

Die drei größten Beitragszahler in den Jahren 2007 bis 2009 sind die USA (22,0 Prozent), Japan (16,6 Prozent) und Deutschland (8,6 Prozent) – sie finanzieren zusammen fast die Hälfte des gesamten Haushalts, der in der Zwei-Jahres-Periode 2008/2009 bei 4,865 Milliarden US-Dollar liegt. Auf den nächsten Plätzen folgen Großbritannien (6,6 Prozent), Frankreich (6,3 Prozent) und Italien (5,1 Prozent).

Die Hauptorgane der UN sind die Generalversammlung, der Sicherheitsrat, der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), der Treuhandrat, der

## ■ ■ UN – United Nations

Internationale Gerichtshof (IGH/ICJ) und das Sekretariat, an dessen Spitze der Generalsekretär steht. Zum UN-System gehören eine Vielzahl von Unterorganen, Spezialorganisationen, Sonderorganisationen und andere zwischenstaatliche Institutionen, die zum großen Teil erst im Laufe der Jahre gegründet wurden.

Der Generalversammlung gehören alle 192 Mitgliedstaaten der UN an. Der Sicherheitsrat hat 15 Mitglieder. Neben den fünf ständigen Mitgliedern China, Frankreich, Großbritannien, Russland und den USA wählt die Generalversammlung die anderen zehn Mitglieder für jeweils zwei Jahre. Jedes Jahr wechseln fünf nichtständige Mitglieder.

Während die Generalversammlung als zentrales Beratungsorgan lediglich völkerrechtlich nicht verbindliche Resolutionen erlassen kann, kann der Sicherheitsrat als einziges Gremium für alle UN-Mitglieder bindende Beschlüsse fassen.

Die komplexe Organisation der UN ist unvermeidbar, aber nicht unproblematisch. Angesichts der Aufgabenverschiebung und der wachsenden Anzahl der Institutionen wird die Koordination immer schwieriger. Hinzu kommt, dass die politische Praxis der UN auf den Prinzipien Konsens und Kompromiss beruht. Durch unterschiedliche politische Interessen, Traditionen und Herrschaftsformen sind die Entscheidungsprozesse häufig schwierig und langsam.

Um die Handlungsfähigkeit der UN zu erhöhen, müssen die Mitgliedstaaten die UN nicht nur politisch unterstützen und ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen, sondern auch die Reform der UN vorantreiben. Im Mittelpunkt steht dabei die Reform des Sicherheitsrats, die

Frage nach einer Kompetenzerweiterung des Generalsekretärs bzw. die Veränderung des institutionellen Aufbaus der UN sowie die Finanz- und Managementreform. Der im März 2005 vom damaligen Generalsekretär Kofi Annan präsentierte Bericht „In größerer Freiheit“ („In Larger Freedom“) gilt als das bisher umfassendste Konzept zur Reform der UN. Als weitgehend konsensfähig gilt eine Erweiterung des Sicherheitsrats, damit die bislang nicht vertretenen Weltregionen Afrika, Lateinamerika und Südasien mit einem ständigen Sitz ausgestattet und weitere politische bzw. ökonomische Schwergewichte berücksichtigt werden können – allerdings ist die konkrete Ausgestaltung der Erweiterung heftig umstritten.

### ■ **Datenquelle**

United Nations (UN): [www.un.org](http://www.un.org); General Assembly: Committee on Contributions: [www.un.org/ga/contributions/index.shtml](http://www.un.org/ga/contributions/index.shtml)

### ■ **Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen**

Das Bruttonationaleinkommen (BNE, früher BSP) wird berechnet, indem vom Bruttoinlandsprodukt die an das Ausland fließenden Löhne und Gewinne (Faktoreinkommen) abgezogen und entsprechend die vom Ausland ins Inland fließenden Faktoreinkommen addiert werden.

## ■ UN – United Nations

### Die Entwicklung der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, 1945 bis 2006, Stand: Okt. 2009

	Anzahl	Mitgliedstaaten
<b>1945</b>	51 (Gründungs- mitglieder)	Ägypten, Argentinien, Äthiopien, Australien, Belarus, Belgien, Bolivien, Brasilien, Chile, China, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Haiti, Honduras, Indien, Irak, Iran, Jugoslawien*, Kanada, Kolumbien, Kuba, Libanon, Liberia, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Panama, Paraguay, Peru, Philippinen, Polen, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Südafrika, Syrien, Tschechoslowakei, Türkei, Ukraine, USA, Großbritannien, Uruguay, Venezuela
<b>1946</b>	55	Afghanistan, Island, Schweden, Thailand
<b>1947</b>	57	Jemen, Pakistan
<b>1948</b>	58	Myanmar
<b>1949</b>	59	Israel
<b>1950</b>	60	Indonesien
<b>1955</b>	76	Albanien, Bulgarien, Finnland, Irland, Italien, Jordanien, Kambodscha, Laos, Libyen, Nepal, Österreich, Portugal, Rumänien, Spanien, Sri Lanka, Ungarn
<b>1956</b>	80	Japan, Marokko, Sudan, Tunesien
<b>1957</b>	82	Ghana, Malaysia
<b>1958</b>	82**	Guinea

\* nach Auflösung der Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien kam es zur Neugründung der Staaten Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien und der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien. Nach Verabschiedung und Verkündung der Bundesverfassung von Serbien und Montenegro durch die Versammlung der Bundesrepublik Jugoslawien am 04. Februar 2003 wurde der Name des Staates in Serbien und Montenegro geändert. Die Mitgliedschaft des Staatenbundes Serbien und Montenegro wird von der Republik Serbien auf der Grundlage von Artikel 60 der Bundesverfassung von Serbien und Montenegro fortgesetzt. Dieser Artikel wurde mit der Unabhängigkeitserklärung durch die Nationalversammlung Montenegros vom 3. Juni 2006 in Kraft gesetzt.

\*\* Volksabstimmung am 21. Februar 1958: Ägypten und Syrien gründen die Vereinigte Arabische Republik, welche die Mitgliedschaft als einzelner Staat fortsetzte.

## ■ UN – United Nations

Die Entwicklung der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, 1945 bis 2006, Stand: Okt. 2009

	Anzahl	Mitgliedstaaten
<b>1960</b>	99	Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Demokratische Republik Kongo, Gabun, Kamerun, Kongo, Madagaskar, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Somalia, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Zypern
<b>1961</b>	104	Mauretanien, Mongolei, Sierra Leone, Tansania
<b>1962</b>	110	Algerien, Burundi, Jamaika, Ruanda, Trinidad und Tobago, Uganda
<b>1963</b>	112	Kenia, Kuwait
<b>1964</b>	115	Malawi, Malta, Sambia
<b>1965</b>	117	Gambia, Malediven, Singapur
<b>1966</b>	122	Barbados, Botswana, Guyana, Lesotho
<b>1967</b>	123	Jemen
<b>1968</b>	126	Äquatorialguinea, Mauritius, Swasiland
<b>1970</b>	127	Fidschi
<b>1971</b>	132	Bahrain, Bhutan, Oman, Katar, Vereinigte Arabische Emirate
<b>1973</b>	135	Bahamas, Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik
<b>1974</b>	138	Bangladesch, Grenada, Guinea-Bissau
<b>1975</b>	144	Kap Verde, Komoren, Mosambik, Papua-Neuguinea, São Tome und Principe, Suriname
<b>1976</b>	147	Angola, Samoa, Seychellen
<b>1977</b>	149	Dschibuti, Vietnam
<b>1978</b>	151	Dominica, Salomonen
<b>1979</b>	152	St. Lucia

Quelle: Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa (UNRIC): [www.unric.org](http://www.unric.org)

## ■ UN – United Nations

Die Entwicklung der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, 1945 bis 2006, Stand: Okt. 2009

	Anzahl	Mitgliedstaaten
<b>1980</b>	154	St. Vincent und die Grenadinen, Simbabwe
<b>1981</b>	157	Antigua und Barbuda, Belize, Vanuatu
<b>1983</b>	158	St. Kitts und Nevis
<b>1984</b>	159	Brunei Darussalam
<b>1990</b>	159***	Liechtenstein, Namibia
<b>1991</b>	166	Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), Estland, Mikronesien, Lettland, Litauen, Marshall-Inseln, Republik Korea (Südkorea)
<b>1992</b>	179	Armenien, Aserbaidshan, Bosnien und Herzegowina*, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Kroatien*, Republik Moldau, San Marino, Slowenien*, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan
<b>1993</b>	184	Andorra, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*, Eritrea, Monaco, Slowakei, Tschechische Republik
<b>1994</b>	185	Palau
<b>1999</b>	188	Kiribati, Nauru, Tonga
<b>2000</b>	189	Tuvalu, Serbien und Montenegro*
<b>2002</b>	191	Schweiz, Timor-Leste
<b>2006</b>	192	Montenegro*

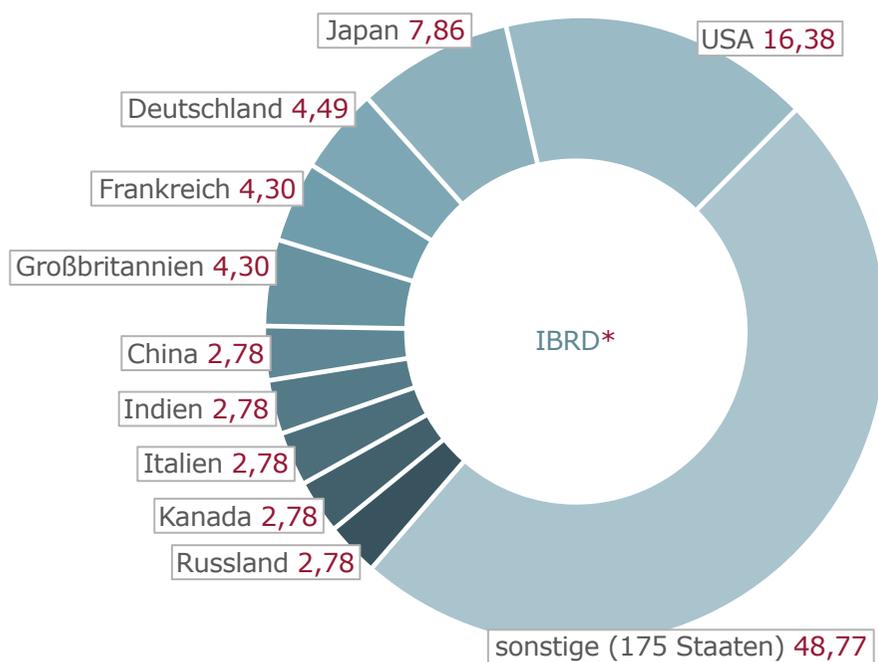
\* nach Auflösung der Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien kam es zur Neugründung der Staaten Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien und der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien. Nach Verabschiedung und Verkündung der Bundesverfassung von Serbien und Montenegro durch die Versammlung der Bundesrepublik Jugoslawien am 04. Februar 2003 wurde der Name des Staates in Serbien und Montenegro geändert. Die Mitgliedschaft des Staatenbundes Serbien und Montenegro wird von der Republik Serbien auf der Grundlage von Artikel 60 der Bundesverfassung von Serbien und Montenegro fortgesetzt. Dieser Artikel wurde mit der Unabhängigkeitserklärung durch die Nationalversammlung Montenegros vom 3. Juni 2006 in Kraft gesetzt.

\*\*\* Beitritt der DDR zur BRD am 03. Oktober 1990.

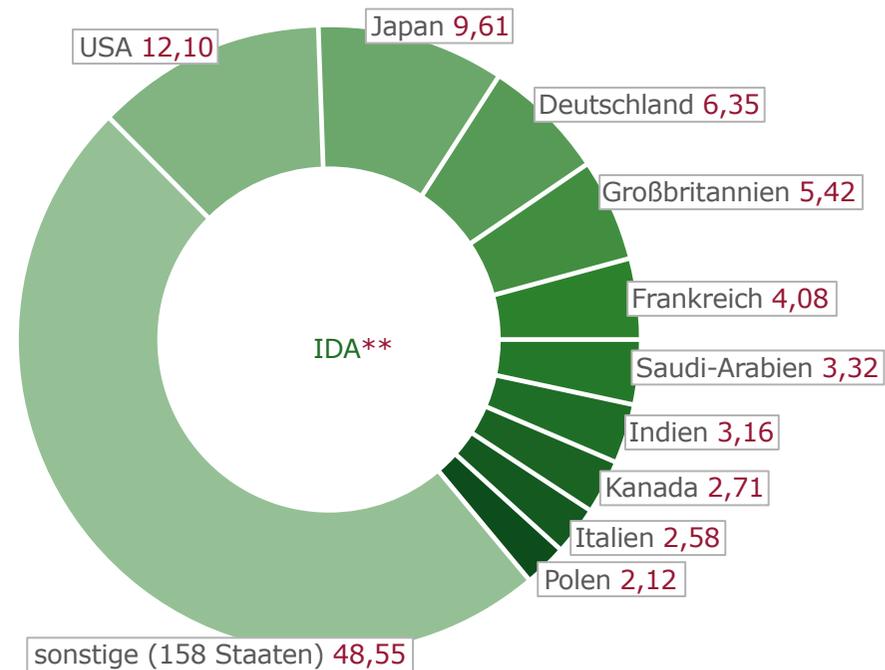
Quelle: Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa (UNRIC): [www.unric.org](http://www.unric.org)

# ■ The World Bank – IBRD / IDA

Stimmenverteilung in Prozent, Stand: März/April 2009



\* International Bank for Reconstruction and Development (IBRD)



\*\* International Development Association (IDA)

## ■ The World Bank – IBRD / IDA

### ■ Fakten

Die Weltbank setzt sich aus zwei Institutionen zusammen: der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD – International Bank for Reconstruction and Development) und der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA – International Development Association).

Die IBRD wurde gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund – IMF) im Jahr 1944 bei der Währungs- und Finanzkonferenz in Bretton Woods/USA gegründet. Sie ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN) mit Sitz in Washington, D.C./USA. Die Gründung der IDA erfolgte im Jahr 1960.

Die IBRD und die IDA bilden zusammen mit der International Finance Corporation (IFC), der Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA) und dem International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) die Weltbankgruppe. Im Geschäftsjahr 2008 (Juli 2007 bis Juni 2008) vergab die Weltbankgruppe 38,2 Milliarden US-Dollar an Darlehen, Zuschüssen, Beteiligungen, Investitionen und Garantien an ihre Mitglieder und private Investoren in den Mitgliedstaaten. Damit ist die Weltbankgruppe einer der weltweit größten entwicklungspolitischen Akteure. Sie hat mehr als 11.000 Beschäftigte aus 161 Herkunftsländern und unterhält in nahezu 120 Staaten Länderbüros.

Die Kapitaleigner der Weltbank sind die Mitgliedstaaten. Neben einem Grundstock an Stimmrechten für jeden Mitgliedstaat bestimmt der Kapitalanteil der einzelnen Staaten maßgeblich über die Stimmenverteilung bei der IBRD und der IDA. Der Kapitalanteil hängt wiederum von

der ökonomischen Leistungsfähigkeit ab. Die IBRD hat mit 186. Mitgliedern einige Mitglieder mehr als die IDA mit 169 (im Juni 2009 trat bei beiden Institutionen die Republik Kosovo bei).

Aufgabe der Weltbank ist es, den Lebensstandard zu steigern und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu fördern. Entsprechend ihrer Entstehungsgeschichte vergab die Weltbank in den ersten Jahren überwiegend Kredite für den Wiederaufbau Europas. Heute stehen die ökonomisch sich entwickelnden Staaten im Mittelpunkt.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben vergibt die Weltbank zinsgünstige Darlehen, zinsfreie Kredite und so genannte Mikrokredite. Sie leistet technische Hilfe und koordiniert Entwicklungsprojekte; sie unterstützt ökonomisch sich entwickelnde Staaten in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Kommunikation sowie bei nationalstaatlichen Anti-Korruptionsbemühungen. Zusätzlich betreibt die Weltbank ein Korruptionspräventionsprogramm und engagiert sich im Kampf gegen HIV/AIDS. Die Kreditneuzusagen für Programme zur HIV/AIDS-Bekämpfung lagen in den Jahren 2003 bis 2008 bei insgesamt 2 Milliarden US-Dollar.

Während sich die Arbeit der IBRD stärker auf ökonomisch sich entwickelnde Staaten mit mittleren Einkommen bezieht (Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1.095 und 5.300 US-Dollar pro Jahr), konzentriert sich die IDA auf Staaten, deren Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2007 1.095 US-Dollar nicht überschritt oder die als Schuldner zu schwach sind, um Kredite der IBRD zu erhalten.

## ■ ■ The World Bank – IBRD / IDA

Im Geschäftsjahr 2008 erhöhten sich die Kreditneuzusagen der IBRD gegenüber dem Vorjahr leicht auf 13,5 Milliarden US-Dollar. Die Auszahlungen von IBRD-Mitteln blieben mit gut 10,5 Milliarden US-Dollar geringfügig unter dem Vorjahreswert. Die Neuzusagen von IDA (konzessionäre Darlehen und Zuschüsse) sanken von 2007 auf 2008 von 11,9 auf 11,2 Milliarden US-Dollar, die IDA-Auszahlungen stiegen von 8,6 auf 9,2 Milliarden US-Dollar. Die über die Weltbankgruppe geleistete Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der im Entwicklungshilfeausschuss der OECD vertretenden Staaten lag im Jahr 2007 bei 6,1 Milliarden US-Dollar.

Staaten, die ein Darlehen bei der IBRD erhalten, haben 15 bis 20 Jahre Zeit, dieses zurückzuzahlen – die tilgungsfreie Zeit schwankt dabei zwischen drei und fünf Jahren. Die meisten dieser Staaten könnten auch auf privaten Märkten Kredite aufnehmen, jedoch nur zu deutlich schlechteren Konditionen.

Der typische IDA-Kredit ist zinslos und hat eine Laufzeit von 40 Jahren mit 10 tilgungsfreien Jahren – allerdings muss eine Verwaltungsgebühr von 0,75 Prozent der ausgezahlten Summe gezahlt werden. Im Jahr 2008 nahmen 80 Staaten Kredite der IDA in Anspruch. Die IDA gewährt 20 Prozent ihrer gesamten Finanzierungsleistungen als Zuschüsse. Staaten mit hohem Überschuldungsrisiko erhalten nur Zuschüsse und keine Kredite. Länder mit mittlerem Überschuldungsrisiko bekommen die Hälfte ihrer IDA-Leistungen als Zuschüsse und die andere Hälfte als Kredite.

Für stark verschuldete Staaten mit einem sehr niedrigen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC) wurde auf

Initiative der Weltbank und des IMF ein Entschuldungsprogramm beschlossen. Auch wenn die Initiative das grundsätzliche Problem der Schuldenkrise nicht vollständig beheben konnte, beträgt das Volumen der Entschuldung bisher rund 68 Milliarden US-Dollar (Stand: Juni 2009).

Die wirtschaftspolitischen Ansätze der Weltbank führen immer wieder zu Kontroversen. In der Vergangenheit wurde vor allem die eindimensionale Ausrichtung auf ökonomische Wachstumsraten und die zu häufige Förderung von ökologisch und sozial bedenklichen Großprojekten kritisiert.

Allerdings scheint in den letzten zehn Jahren ein Umdenken stattgefunden zu haben, das wohl auch mit dem prominenten Kritiker der Weltbank, Joseph E. Stiglitz, zu tun hat. Stiglitz, der von 1997 bis Anfang 2000 Chefökonom und Vizepräsident der Weltbank war, kritisierte die Arbeitsweise der Bank und forderte ein grundlegendes Umdenken.

Auch wenn Stiglitz nach zunehmendem Druck Ende 1999 seinen Rücktritt bekannt gab, wurde die von ihm vorgestellte, breitere Herangehensweise bei der Entwicklungsarbeit zu einer offiziellen Strategie der Weltbank: Der so genannte CDF (Comprehensive Development Framework) berücksichtigt stärker die verschiedenen Interdependenzen, lokalen Gegebenheiten und ökologischen Folgewirkungen. Dabei sollen die betroffenen Staaten – aber verstärkt auch nicht-staatliche Akteure – Partner und nicht nur Empfänger sein.

Zumindest wird heute bei der Zielsetzung der Weltbank nicht mehr ausschließlich die „ökonomische Wachstumsförderung“ betont, sondern

## ■ ■ The World Bank – IBRD / IDA

immer öfter die „Armutsbekämpfung“ und „nachhaltige Entwicklung“ in den Mittelpunkt gestellt. Dies trägt der Erfahrung Rechnung, dass Wachstum nicht automatisch die Armut verringert.

### ■ **Datenquelle**

International Bank for Reconstruction and Development (IBRD): Subscriptions and Voting Power of Member Countries; International Development Association (IDA): Voting Power of Member Countries; The World Bank: [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org); The World Bank Group: Jahresbericht des deutschen Exekutivdirektors bei der Weltbank 2008

### ■ **Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen**

International Finance Corporation (IFC) – Internationale Finanz-Corporation

Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA) – Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur

International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) – Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

## ■ The World Bank – IBRD / IDA

Stimmenverteilung in Prozent, Stand: März/April 2009

	IBRD*
<b>USA</b>	16,38
<b>Japan</b>	7,86
<b>Deutschland</b>	4,49
<b>Frankreich</b>	4,30
<b>Großbritannien</b>	4,30
<b>China</b>	2,78
<b>Indien</b>	2,78
<b>Italien</b>	2,78
<b>Kanada</b>	2,78
<b>Russland</b>	2,78
<b>Saudi-Arabien</b>	2,78
<b>Niederlande</b>	2,21

	IBRD*
<b>Brasilien</b>	2,07
<b>Belgien</b>	1,80
<b>Spanien</b>	1,74
<b>Schweiz</b>	1,66
<b>Australien</b>	1,53
<b>Iran</b>	1,48
<b>Venezuela</b>	1,27
<b>Mexiko</b>	1,18
<b>Argentinien</b>	1,12
<b>sonstige Mitgliedstaaten (164)</b>	29,93
<b>insgesamt</b>	100,00

\* *International Bank for Reconstruction and Development (IBRD)*

Quelle: International Bank for Reconstruction and Development (IBRD): Subscriptions and Voting Power of Member Countries; International Development Association (IDA): Voting Power of Member Countries

## ■ The World Bank – IBRD / IDA

Stimmenverteilung in Prozent, Stand: März/April 2009

	IDA**
<b>USA</b>	12,10
<b>Japan</b>	9,61
<b>Deutschland</b>	6,35
<b>Großbritannien</b>	5,42
<b>Frankreich</b>	4,08
<b>Saudi-Arabien</b>	3,32
<b>Indien</b>	3,16
<b>Kanada</b>	2,71
<b>Italien</b>	2,58
<b>Polen</b>	2,12

	IDA**
<b>Niederlande</b>	2,04
<b>Schweden</b>	2,00
<b>China</b>	1,90
<b>Brasilien</b>	1,61
<b>Australien</b>	1,24
<b>Belgien</b>	1,14
<b>Schweiz</b>	1,09
<b>Norwegen</b>	1,04
<b>sonstige Mitgliedstaaten (150)</b>	36,49
<b>insgesamt</b>	100,00

\*\* *International Development Association (IDA)*

Quelle: International Bank for Reconstruction and Development (IBRD): Subscriptions and Voting Power of Member Countries;  
International Development Association (IDA): Voting Power of Member Countries



# ■ ■ WTO – World Trade Organization

## ■ Fakten

Der Vorläufer der Welthandelsorganisation (WTO) war das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). In insgesamt acht Verhandlungsrunden des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens zwischen 1947 und 1994 wurden Regeln für den grenzüberschreitenden Handel festgelegt. Die Ziele dieser Verhandlungsrunden waren, wie heute bei der WTO, die Liberalisierung der Märkte, die Senkung von Zöllen und die Schaffung einer Welthandelsordnung.

Bei der letzten Verhandlungsrunde innerhalb des GATT, der so genannten Uruguay-Runde von 1986 bis 1994, wurden die Vereinbarungen zusätzlich zum Warenhandel auf den Bereich der Dienstleistungen (GATS) und des geistigen Eigentums (TRIPs) ausgedehnt und die Gründung der WTO zum 01. Januar 1995 beschlossen. Heute ist das GATT eines der wichtigsten Abkommen innerhalb der WTO.

Wie vorher schon das GATT verfügt auch die WTO über ein Schlichtungsverfahren bei Handelsstreitigkeiten. In der WTO sind alle 153 Mitglieder formell gleichberechtigt, da in den zentralen Organen der WTO jedes Mitglied über eine Stimme verfügt. Allerdings können die politisch und ökonomisch starken Staaten ihre Interessen oft auch ohne formale Privilegien durchsetzen.

Im Jahr 2007 unterlagen 94,1 Prozent des weltweiten Warenexports und 95,0 Prozent des Warenimports den Regelwerken der WTO. 1948 lagen diese Anteile – bezogen auf das GATT – noch bei gut 63 bzw. 58 Prozent. Durch das GATT und die WTO wurden die Zölle in fast allen Marktsegmenten gesenkt.

Die regelmäßig stattfindenden Ministerkonferenzen der WTO haben nach wie vor die Liberalisierung der Märkte zum Ziel. Spätestens seit der Ministerkonferenz in Seattle im Jahr 1999 ist die WTO jedoch zunehmend mit Ansprüchen verschiedener sozialer Gruppen konfrontiert. Gewerkschaften, NGOs und gesellschaftspolitisch aktive Bürger protestierten öffentlich dafür, die Marktliberalisierung nicht über soziale und ökologische Interessen zu stellen. Gleichzeitig forderten die ökonomisch sich entwickelnden Staaten eine Öffnung der Märkte der ökonomisch entwickelten Staaten. Die Konferenz scheiterte inhaltlich an der mangelnden Bereitschaft der ökonomisch entwickelten Staaten, unter anderem ihre subventionierten Agrarmärkte und geschützten Textil- und Kleidungsmärkte zu öffnen.

Spätere Verhandlungen führten dazu, dass Anfang 2005 die Importbeschränkungen für Textilien und Kleidung offiziell aufgehoben wurden. Hier bleibt allerdings abzuwarten, ob die Märkte der ökonomisch entwickelten Staaten nun wirklich offen sind oder ob der Zugang durch nicht-tarifäre Handelshemmnisse (Subventionen, Produktstandards oder Anti-Dumping-Verfahren) erschwert wird. Nach Angaben der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) gehörten Textilien und Kleidung zumindest 2006 und 2007 zu den Produkten, die am stärksten von nicht-tarifären Handelshemmnissen betroffen waren.

In Bezug auf die Agrarmärkte sind bisher nur geringfügige Veränderungen festzustellen. Die Zölle für Agrarprodukte liegen deutlich höher als die Zölle für nicht-agrarische Produkte. Nach Angaben der UNCTAD

## ■ ■ **WTO – World Trade Organization**

(ausgehend von den im Jahr 2008 zur Verfügung stehenden Daten) erhoben die ökonomisch entwickelten Staaten bei Agrarprodukten einen durchschnittlichen handelsgewichteten Importzoll von 12,6 Prozent (nicht-agrarische Produkte: 1,5 Prozent). Bei den ökonomisch sich entwickelnden Staaten lagen die entsprechenden Werte bei 15,5 bzw. 4,3 Prozent.

Neben den Zöllen verzerren Subventionen im Agrarsektor den Wettbewerb zusätzlich. Durch Agrarprotektionismus und -subventionen der ökonomisch entwickelten Staaten gingen den ökonomisch sich entwickelnden Staaten nach Schätzungen des United Nations Development Programme (UNDP) und der Weltbank im Jahr 2005 zwischen 60 und 70 Milliarden US-Dollar verloren. Um die Verluste zumindest für die ärmsten Staaten zu verringern, etablierte die EU 2001 die sogenannte „Everything but Arms-Initiative“. Diese Initiative ermöglicht den ökonomisch am wenigsten entwickelten Staaten (LDC – Least Developed Countries) den quoten- und zollfreien Marktzugang für alle Waren. Die zunächst für Bananen, Zucker und Reis geltenden Übergangsfristen liefen 2006 bzw. 2009 aus.

Im Rahmen der sogenannten „Doha-Runde“ der WTO sollen die Zölle für Agrarprodukte massiv gesenkt werden, die Agrarsubventionen bis 2013 auslaufen und der quoten- und zollfreie Marktzugang der LDCs – mit Übergangsfristen für einzelne Produkte – auf alle ökonomisch entwickelten Staaten ausgeweitet werden. Aufgrund unterschiedlicher Interessen in anderen Verhandlungsbereichen konnte die „Doha-Runde“ bisher nicht zu einem Abschluss gebracht werden. Uneinigkeit besteht zum Beispiel bei der Höhe der Importzölle der ökonomisch sich entwickelnden Staaten für Industrieprodukte sowie bei der weiteren Aus-

gestaltung der ‚special agricultural safeguards‘, mit denen sich Schwellen- und Entwicklungsländer durch temporär höhere Zölle vor unerwarteten Agrarimportschüben schützen können. Die Verhandlungen werden Ende 2009 bei der Ministerkonferenz in Genf weitergeführt.

### ■ **Datenquelle**

World Trade Organization (WTO): [www.wto.org](http://www.wto.org)

# ■ ■ WTO – World Trade Organization

Mitglieder und Beobachter, Stand: 2009

Mitglieder	Beitritt
Ägypten	Juni 1995
Albanien	September 2000
Angola	November 1996
Antigua und Barbuda	Januar 1995
Argentinien	Januar 1995
Armenien	Februar 2003
Australien	Januar 1995
Bahrain	Januar 1995
Bangladesch	Januar 1995
Barbados	Januar 1995
Belgien	Januar 1995
Belize	Januar 1995
Benin	Februar 1996
Bolivien	September 1995
Botsuana	Mai 1995
Brasilien	Januar 1995
Brunei Darussalam	Januar 1995
Bulgarien	Dezember 1996
Burkina Faso	Juni 1995
Burundi	Juli 1995

Mitglieder	Beitritt
Chile	Januar 1995
China	Dezember 2001
Costa Rica	Januar 1995
Côte d'Ivoire	Januar 1995
Dänemark	Januar 1995
Demokratische Republik Kongo	Januar 1997
Deutschland	Januar 1995
Dominica	Januar 1995
Dominikanische Republik	März 1995
Dschibuti	Mai 1995
Ecuador	Januar 1996
EG	Januar 1995
El Salvador	Mai 1995
Estland	November 1999
Fidschi	Januar 1996
Finnland	Januar 1995
Frankreich	Januar 1995
Gabun	Januar 1995
Gambia	Oktober 1996
Georgien	Juni 2000

Quelle: World Trade Organization (WTO): [www.wto.org](http://www.wto.org)

# ■ ■ WTO – World Trade Organization

## Mitglieder und Beobachter, Stand: 2009

Mitglieder	Beitritt
<b>Ghana</b>	Januar 1995
<b>Grenada</b>	Februar 1996
<b>Griechenland</b>	Januar 1995
<b>Großbritannien</b>	Januar 1995
<b>Guatemala</b>	Juli 1995
<b>Guinea</b>	Oktober 1995
<b>Guinea-Bissau</b>	Mai 1995
<b>Guyana</b>	Januar 1995
<b>Haiti</b>	Januar 1996
<b>Honduras</b>	Januar 1995
<b>Hongkong, China</b>	Januar 1995
<b>Indien</b>	Januar 1995
<b>Indonesien</b>	Januar 1995
<b>Irland</b>	Januar 1995
<b>Island</b>	Januar 1995
<b>Israel</b>	April 1995
<b>Italien</b>	Januar 1995
<b>Jamaica</b>	März 1995
<b>Japan</b>	Januar 1995
<b>Jordanien</b>	April 2000

Mitglieder	Beitritt
<b>Kambodscha</b>	Oktober 2004
<b>Kamerun</b>	Dezember 1995
<b>Kanada</b>	Januar 1995
<b>Kap Verde</b>	Juli 2008
<b>Katar</b>	Januar 1996
<b>Kenia</b>	Januar 1995
<b>Kirgisistan</b>	Dezember 1998
<b>Kolumbien</b>	April 1995
<b>Kongo</b>	März 1997
<b>Kroatien</b>	November 2000
<b>Kuba</b>	April 1995
<b>Kuwait</b>	Januar 1995
<b>Lesotho</b>	Mai 1995
<b>Lettland</b>	Februar 1999
<b>Liechtenstein</b>	September 1995
<b>Litauen</b>	Mai 2001
<b>Luxemburg</b>	Januar 1995
<b>Macau, China</b>	Januar 1995
<b>Madagaskar</b>	November 1995
<b>Malawi</b>	Mai 1995

Quelle: World Trade Organization (WTO): [www.wto.org](http://www.wto.org)

# ■ ■ WTO – World Trade Organization

## Mitglieder und Beobachter, Stand: 2009

Mitglieder	Beitritt
Malaysia	Januar 1995
Malediven	Mai 1995
Mali	Mai 1995
Malta	Januar 1995
Marokko	Januar 1995
Mauretanien	Mai 1995
Mauritius	Januar 1995
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	April 2003
Mexiko	Januar 1995
Mongolei	Januar 1997
Mosambik	August 1995
Myanmar	Januar 1995
Namibia	Januar 1995
Nepal	April 2004
Neuseeland	Januar 1995
Nicaragua	September 1995
Niederlande (plus Antillen)	Januar 1995
Niger	Dezember 1996
Nigeria	Januar 1995

Mitglieder	Beitritt
Norwegen	Januar 1995
Oman	November 2000
Österreich	Januar 1995
Pakistan	Januar 1995
Panama	September 1997
Papua-Neuguinea	Juni 1996
Paraguay	Januar 1995
Peru	Januar 1995
Philippinen	Januar 1995
Polen	Juli 1995
Portugal	Januar 1995
Republik Moldau	Juli 2001
Ruanda	Mai 1996
Rumänien	Januar 1995
Salomonen	Juli 1996
Sambia	Januar 1995
Saudi-Arabien	Dezember 2005
Schweden	Januar 1995
Schweiz	Juli 1995
Senegal	Januar 1995

Quelle: World Trade Organization (WTO): [www.wto.org](http://www.wto.org)

# ■ ■ WTO – World Trade Organization

Mitglieder und Beobachter, Stand: 2009

Mitglieder	Beitritt
Sierra Leone	Juli 1995
Simbabwe	März 1995
Singapur	Januar 1995
Slowakei	Januar 1995
Slowenien	Juli 1995
Spanien	Januar 1995
Sri Lanka	Januar 1995
St. Kitts und Nevis	Februar 1996
St. Lucia	Januar 1995
St. Vincent und die Grenadinen	Januar 1995
Südafrika	Januar 1995
Südkorea	Januar 1995
Suriname	Januar 1995
Swasiland	Januar 1995
Taiwan	Januar 2002
Tansania	Januar 1995
Thailand	Januar 1995

Mitglieder	Beitritt
Togo	Mai 1995
Tonga	Juli 2007
Trinidad und Tobago	März 1995
Tschad	Oktober 1996
Tschechische Republik	Januar 1995
Tunesien	März 1995
Türkei	März 1995
Uganda	Januar 1995
Ukraine	Mai 2008
Ungarn	Januar 1995
Uruguay	Januar 1995
USA	Januar 1995
Venezuela	Januar 1995
Vereinigte Arabische Emirate	April 1996
Vietnam	Januar 2007
Zentralafrikanische Republik	Mai 1995
Zypern	Juli 1995

Quelle: World Trade Organization (WTO): [www.wto.org](http://www.wto.org)

# ■ ■ WTO – World Trade Organization

Mitglieder und Beobachter, Stand: 2009

Beobachter*
Afghanistan
Algerien
Andorra
Äquatorialguinea
Aserbaidtschan
Äthiopien
Bahamas
Belarus
Bhutan
Bosnien und Herzegowina
Irak
Iran
Jemen
Kasachstan
Komoren

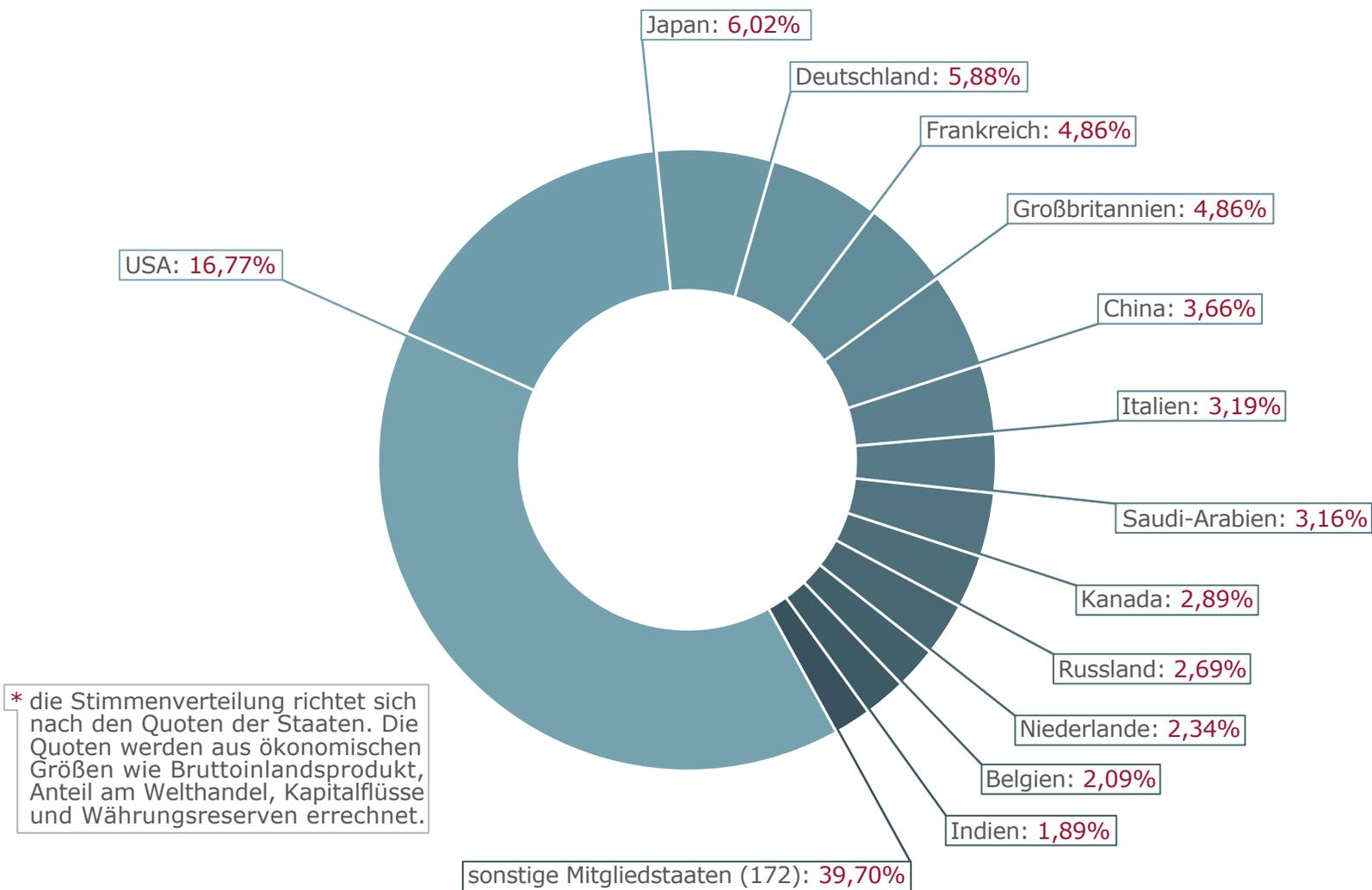
Beobachter*
Laos
Libanon
Liberia
Libyen
Montenegro
Russland
Samoa
São Tomé und Príncipe
Serbien
Seychellen
Sudan
Tadschikistan
Usbekistan
Vanuatu
Vatikan

\* mit Ausnahme des Vatikans müssen Beobachter innerhalb von fünf Jahren mit Beitrittsverhandlungen beginnen

Quelle: World Trade Organization (WTO): [www.wto.org](http://www.wto.org)

# ■ ■ IMF – International Monetary Fund

Stimmenverteilung\* in Prozent, Stand: Juni 2009



## ■ IMF – International Monetary Fund

### ■ Fakten

Die Ursprünge des Internationalen Währungsfonds (IMF – International Monetary Fund) gehen auf die große Depression in den 1930er-Jahren zurück. Denn durch protektionistische Maßnahmen, Abwertungswettläufe bei den Währungen und Einschränkungen des Devisenmarkts hatte die Krise auch im Bereich des internationalen Finanz- und Währungssystems zerstörerische Konsequenzen. Der IMF entstand als Teil der Verträge der Konferenz in Bretton Woods/USA im Jahr 1944. Das wesentliche Ergebnis der Konferenz war die Schaffung eines Systems fester Wechselkurse, das nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Kraft trat. Die festen Wechselkurse sollten gewährleisten, dass Währungen jederzeit gegeneinander getauscht werden können (Konvertibilität) und so der Handel zwischen den Staaten erleichtert wird.

Der Fonds nahm seine Tätigkeit im Mai 1946 in Washington, D.C. auf. Damals zählte er 39 Mitglieder. Bereits Ende 1965 waren mehr als 100 Staaten Mitglied, Mitte 2009 waren es 186. Als Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN) beschäftigt der IMF etwa 2.400 Mitarbeiter.

Die Kernaufgaben des IMF bestehen darin, die internationale Zusammenarbeit bei der Währungspolitik zu fördern, zur Stabilisierung von Wechselkursen beizutragen und den laufenden internationalen Zahlungsverkehr bzw. den freien Devisenverkehr von staatlichen Beschränkungen freizuhalten. Um diese Aufgaben zu erfüllen, unterliegt die Geldpolitik der Mitglieder einer Überwachung durch den IMF. Zudem verfügt der IMF über verschiedene Möglichkeiten der Kreditvergabe.

Beim Beitritt zum IMF zahlt jedes Mitglied eine Einlagequote. 1946 zahlten die damaligen Mitglieder 7,6 Milliarden US-Dollar ein. Bis 1998

betrug die Summe der Quoten aller IMF-Mitglieder rund 200 Milliarden US-Dollar. 1999 wurde die Summe auf etwa 300 Milliarden US-Dollar erhöht. Für eine generelle Erhöhung müssen die zustimmenden Mitglieder über einen Stimmenanteil von mindestens 85 Prozent verfügen. Ende August 2009 lag der Wert der Quoten bei rund 325 Milliarden US-Dollar.

Die Quoten der einzelnen Staaten werden aus ökonomischen Größen wie Bruttoinlandsprodukt, Anteil am Welthandel, Kapitalflüsse und Währungsreserven errechnet. Sie werden vom Fonds als Geldreserve genutzt und bilden die Basis für die Ermittlung der Summe, die die Mitglieder jederzeit und ohne Auflage ausleihen können (Reservetranche). Die USA hatten mit 17,1 Prozent den höchsten Quotenanteil (Oktober 2009). Die zehn Staaten mit dem höchsten Quotenanteil hatten zusammen einen Anteil von knapp 55 Prozent.

Da sich auch der Stimmenanteil der einzelnen Staaten nach den jeweiligen Quoten richtet, haben die ökonomisch entwickelten Staaten einen überdurchschnittlich hohen Einfluss auf die Entscheidungen des IMF. Hinzu kommt, dass sowohl die USA als auch die EU durch ihren Quotenanteil von mehr als 15 Prozent über eine Sperrminorität verfügen.

Weiter entscheiden die Quoten über die Zuteilungen der so genannten Sonderziehungsrechte – ein im Rahmen des IMF geschaffenes Buchgeld, das die internationale Liquidität erhöhen soll und das gegen nationale Währungen mit anderen Zentralbanken und dem Fonds getauscht werden kann.

## ■ ■ IMF – International Monetary Fund

Schließlich kann jedes Mitglied jährlich Kredittranchen in Höhe von 100 Prozent der Quote in Anspruch nehmen. Wenn keine außergewöhnliche Situation vorliegt, können finanzielle Mittel in Höhe von maximal 300 Prozent der Quote in Anspruch genommen werden.

Neben den quotenbezogenen Krediten vergibt der IMF weitere Kredite: Kredite zur Armutsbekämpfung werden lediglich mit 0,5 Prozent verzinst, gewöhnliche Kredite hingegen zu marktüblichen Konditionen. Der Vorzug der IMF-Kredite liegt im Wegfall der Risikoprämie, die bei einem privaten Kredit anfiel. Allerdings sind diese Kredite an Bedingungen geknüpft (Konditionalität). In der Regel werden makroökonomische Stabilisierungsprogramme verlangt: Abbau von Staatsverschuldung und Subventionen, Kürzungen der Staatsausgaben und Bekämpfung der Inflation.

Die Konditionalität bei der Kreditvergabe hat vielfach Anlass zur Kritik am IMF gegeben. Dieser konzentrierte sich zu wenig auf die Stabilisierung der Währungen. Stattdessen ständen Auflagen zu Strukturreformen im Mittelpunkt, die sowohl die Kompetenz des IMF überschreiten als auch der Souveränität der einzelnen Staaten entgegenstehen würden. Darüber hinaus wird kritisiert, dass die Vorgaben zu detailliert ausfallen und die betroffenen Staaten zu wenig als Partner bei der Behebung der Krise angesehen würden.

Manche Kritiker, wie zum Beispiel Mitglieder des globalisierungskritischen Netzwerks Attac, gehen noch weiter. Sie werfen dem IMF vor, dass die Maßnahmen sogar zur Verstärkung von Krisen beitragen und zu häufig der Schutz der von den Krisen betroffenen Gläubiger im Mittelpunkt steht.

Der IMF hat daraufhin die Wirkung der eigenen Programme überprüft und seit 2002 die Konditionalitäten bei der Kreditvergabe überarbeitet. Dabei ist das erklärte Ziel des IMF, stärker auf die politischen und ökonomischen Voraussetzungen des jeweiligen Staates einzugehen und die Kreditvergabe flexibler zu gestalten.

Zudem ist bei aller Kritik zu bedenken, dass der Fonds lediglich Mittler ist. Auch bei der Ausarbeitung einer Kreditvereinbarung mit einem Mitglied handelt der IMF nicht eigenmächtig, sondern im Auftrag der Mitgliedstaaten.

### ■ **Datenquelle**

International Monetary Fund (IMF): [www.imf.org](http://www.imf.org)

## ■ ■ IMF – International Monetary Fund

Stimmenverteilung\* in Prozent, Stand: Juni 2009

<b>USA</b>	16,77
<b>Japan</b>	6,02
<b>Deutschland</b>	5,88
<b>Frankreich</b>	4,86
<b>Großbritannien</b>	4,86
<b>China</b>	3,66
<b>Italien</b>	3,19
<b>Saudi-Arabien</b>	3,16
<b>Kanada</b>	2,89
<b>Russland</b>	2,69
<b>Niederlande</b>	2,34

<b>Belgien</b>	2,09
<b>Indien</b>	1,89
<b>Schweiz</b>	1,57
<b>Australien</b>	1,47
<b>Mexiko</b>	1,43
<b>Spanien</b>	1,39
<b>Brasilien</b>	1,38
<b>Südkorea</b>	1,33
<b>Venezuela</b>	1,21
<b>Schweden</b>	1,09
<b>sonstige Mitgliedstaaten (164)</b>	28,83

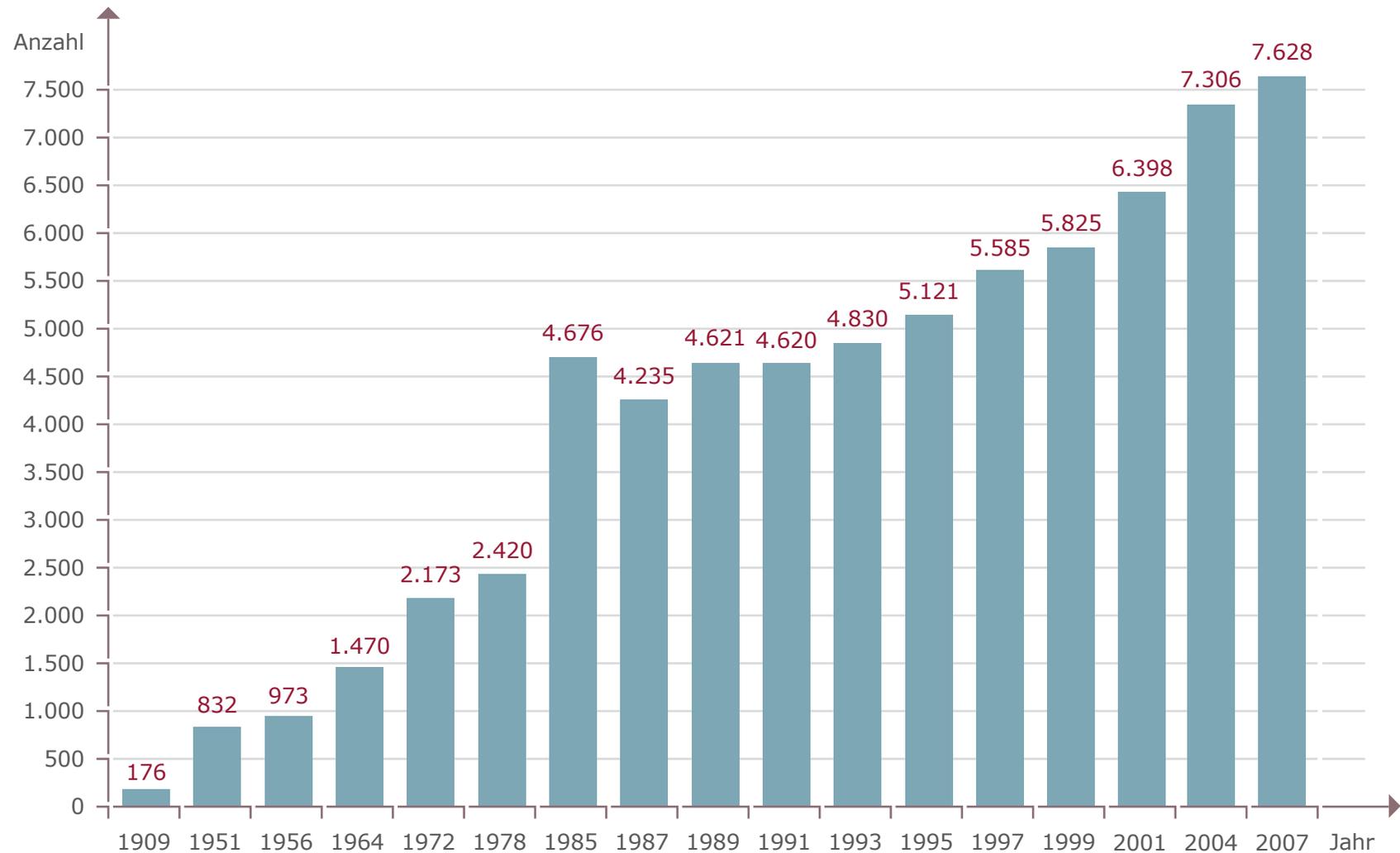
\* die Stimmenverteilung richtet sich nach den Quoten der Staaten. Die Quoten der einzelnen Staaten werden aus ökonomischen Größen wie Bruttoinlandsprodukt, Anteil am Welthandel, Kapitalflüsse und Währungsreserven errechnet.

Quelle: International Monetary Fund (IMF): [www.imf.org](http://www.imf.org)



## Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)

In absoluten Zahlen, weltweit 1909 bis 2007



## ■ Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)

### ■ Fakten

Die ersten Vorläufer der sogenannten Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs – Non-Governmental Organizations) finden sich im 19. Jahrhundert. 1839 wurde die erste Menschenrechtsorganisation, die Foreign Anti-Slavery Society (Anti-Sklaverei-Gesellschaft), gegründet. Mit dem Roten Kreuz gründete sich 1863 die erste humanitäre Organisation der Welt. Die Bezeichnung NGO hat sich jedoch erst seit 1945 durchgesetzt.

Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu Beginn der 1980er-Jahre stieg die Zahl der NGOs kontinuierlich. Während die Union of International Associations (UIA) im Jahr 1951 lediglich 832 NGOs registrierte, waren es 1972 bereits knapp 2.200. In den 1980er Jahren stagnierte die Zahl der NGOs und lag bei rund 4.500.

Das Ende der Blockkonfrontation und die damit einhergehende Neugestaltung der internationalen Politik ließ die Zahl der NGOs schließlich rasant ansteigen. Insbesondere die Weltkonferenzen der Vereinten Nationen (UN), beginnend mit der Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Jahre 1992 in Rio de Janeiro, führten zu einer neuen Stellung und Akzeptanz der NGOs. Parallel zu ihrer steigenden Bedeutung durch Mitarbeit, Expertise und Lobbytätigkeit erhöhte sich die Anzahl der NGOs von 1991 bis 2007 kontinuierlich von 4.620 auf gut 7.600. Heute sind die NGOs ein fester Bestandteil aller Global Governance Ansätze. NGOs sollen das Gewicht der Zivilgesellschaft auf globaler Ebene erhöhen und Themen wie Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte zur Sprache bringen.

Auch wenn NGOs keiner politischen Partei zuzuordnen sind und sie für sich in Anspruch nehmen, allgemeine und universelle Gesellschaftsinteressen zu vertreten, gibt es dennoch Kritik an einer zu starken Stellung der NGOs: So kann die fehlende öffentliche Legitimation transnationaler Politik nicht durch NGOs ausgeglichen werden, da diese ebenfalls nicht demokratisch legitimiert sind. Selbst die NGOs, die sich für mehr Demokratie auf globaler Ebene einsetzen, sind nicht gewählt und damit nicht ermächtigt, im Namen des Volkes zu agieren. Zudem sind NGOs auch intern nicht immer demokratisch strukturiert und ihre Spendenabhängigkeit kann in Widerspruch zu ihrer Glaubwürdigkeit stehen.

### ■ Datenquelle

Union of International Associations (UIA), Yearbook of International Organizations: Statistics on international organizations

### ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Bisher konnte sich weder in der öffentlichen Diskussion noch in der Fachwelt eine einheitliche Definition des NGO-Begriffs durchsetzen. Generell sind unter dem Begriff alle internationalen Organisationen zu verstehen, die nicht durch ein öffentliches Mandat legitimiert sind. Wird der Begriff ‚NGO‘ breiter gefasst und werden alle privaten Akteure und Interessengruppen – also internationale Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Verbände von wissenschaftlichen Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Hilfsorganisationen, Stiftungen, Kirchen, Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen – mit einbezogen, steigt die Zahl der NGOs auf mehr als 21.000 im Jahr 2007.



## ■ Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)

Während beispielsweise die UN eine breite Definition verwendet, richten sich die hier gemachten Angaben nach der Definition der Union of International Associations (UIA), die einen umfassenden Kriterienkatalog für die von ihr registrierten NGOs erstellt hat. Danach müssen NGOs

- auf private Initiative gegründet werden,
- unabhängig – vor allem von staatlicher Einflussnahme – sein,
- eine internationale Mitgliedschaft vorweisen,
- ihre finanziellen Mittel aus mindestens drei Ländern beziehen,
- in mindestens drei Staaten tätig sein,
- über einen Wahlmechanismus für das Leistungsgremium verfügen  
sowie
- einen Hauptsitz und einen festen Mitarbeiterstab nachweisen.



## ■ Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)

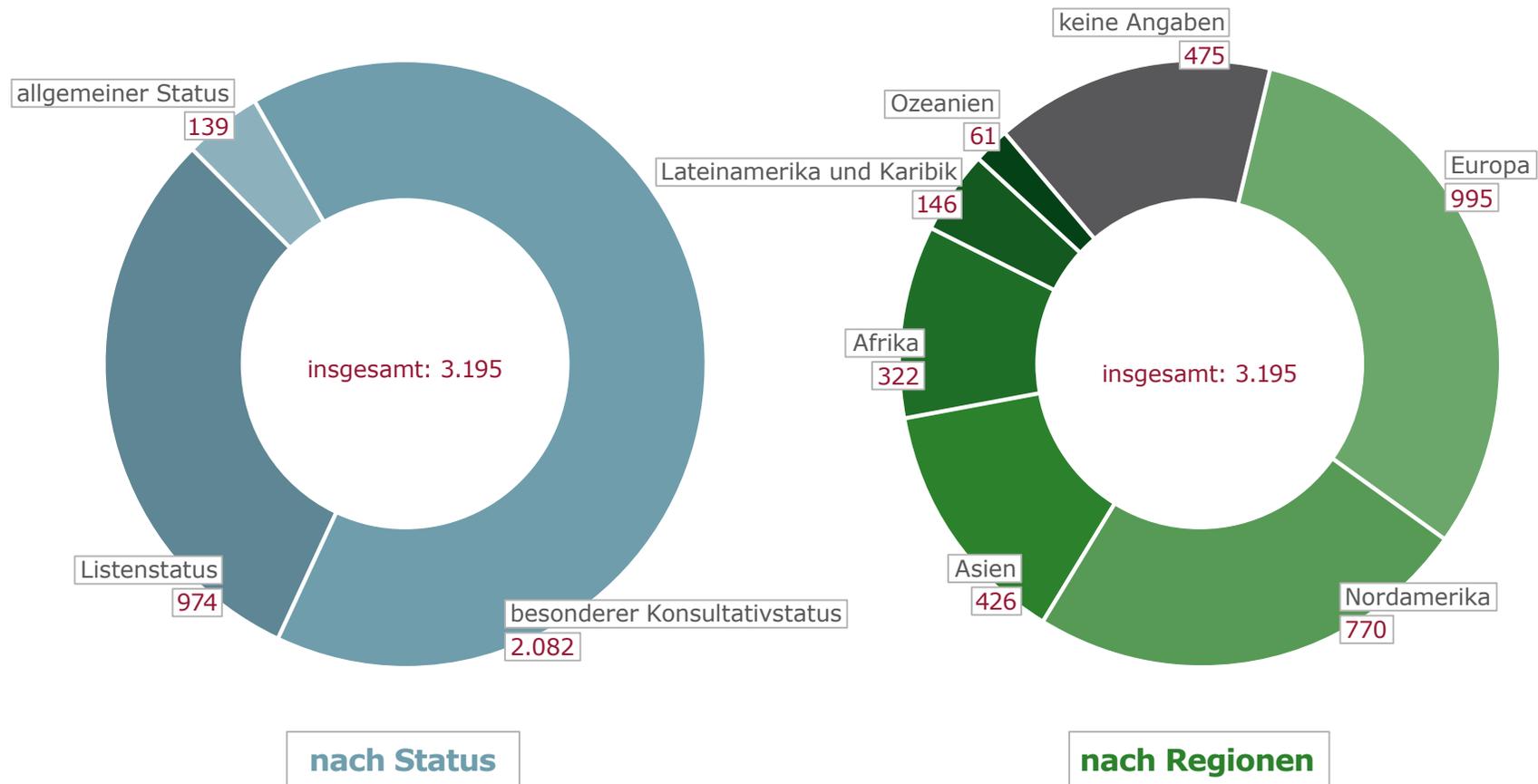
Anzahl in absoluten Zahlen, weltweit 1909 bis 2007

1909	176
1951	832
1956	973
1964	1.470
1972	2.173
1978	2.420
1985	4.676
1987	4.235
1989	4.621
1991	4.620
1993	4.830
1995	5.121
1997	5.585
1998	5.766
1999	5.825
2000	6.357
2001	6.398
2002	6.584
2003	7.261
2004	7.306
2007	7.628

Quelle: Union of International Associations (UIA), Yearbook of International Organizations: Statistics on international organizations

## ■ Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)

NGOs mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), Stand: Juli 2009



## ■ Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)

### ■ Fakten

Im Zuge der Globalisierung organisieren sich zivilgesellschaftliche Akteure zunehmend grenzüberschreitend und nehmen Einfluss auf die globale Politikgestaltung. Diese Entwicklung führt dazu, dass immer häufiger von einer globalen bzw. transnationalen Zivilgesellschaft die Rede ist. Zur Zivilgesellschaft gehören gemeinnützige Initiativen, Vereine und Organisationen, die weder dem Staat oder Markt noch rein der Privatsphäre zugeordnet werden können. Die Zivilgesellschaft beruht auf verschiedenen Formen des kollektiven Handelns im öffentlichen Raum, „zwischen“ den etablierten Institutionen und dem privaten Bereich. Die Zivilgesellschaft wird deswegen auch als intermediärer oder Dritter Sektor bezeichnet.

Der transnationalen Zivilgesellschaft kommt im Rahmen der Global Governance-Ansätze, also dem Regieren im globalen Mehrebenensystem, eine zentrale Bedeutung zu. Die Hauptakteure sind dabei transnational vernetzte Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), die vorwiegend in den Bereichen Umwelt- und Sozialstandards, Menschenrechte sowie Entwicklungspolitik aktiv sind (zum Beispiel Greenpeace, Amnesty International, Oxfam).

Auf globaler Ebene existieren für die NGOs prinzipiell drei Ansätze, um auf die politische Agenda Einfluss zu nehmen: Erstens betätigen sie sich als Lobbyisten, zum Beispiel durch Kampagnen, Protestaktionen oder informelle Lobbytätigkeit. Zweitens nehmen sie an Verhandlungen teil, bei denen es um die Entwicklung globaler Standards und Normen geht (Verhandlungsnetzwerke). Hier sind sie unmittelbar an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt. Drittens stellen sie als Dienstleister

und Experten ihre Ressourcen zum Beispiel in Public Private Partnerships (PPPs) zur Verfügung (Monitoring-, Koordinations- und Beratungsnetzwerke).

Die NGOs sind in vielen Politikbereichen aktiv, dazu gehören unter anderem die Korruptionsbekämpfung, die Verhandlung von Umwelt- und Sozialstandards (z. B. Global Reporting Initiative – GRI), der Klimawandel (z. B. Global Environmental Facility – GEF) sowie der Kampf gegen Infektionskrankheiten (z. B. The Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria – GFATM).

Bezogen auf das Institutionensystem der Vereinten Nationen (UN – United Nations) gibt es für NGOs drei Möglichkeiten der Einbindung:

- Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC – Economic and Social Council),
- Assoziierung mit der UN-Hauptabteilung Presse und Information (DPI – Department of Public Information),
- Anschluss an das UN-Programm ‚Non-Governmental Liaison Service (UN-NGLS)‘, das die Beziehungen zwischen der UN und der Zivilgesellschaft fördert und weiterentwickelt.

Der Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat ermöglicht die engste Zusammenarbeit mit den UN. Mitte 2009 waren 3.195 NGOs beim ECOSOC akkreditiert. Davon hatten 139 den ‚allgemeinen Status‘, 2.082 den ‚besonderen Konsultativstatus‘ und 974 den ‚Listenstatus‘. Der ‚allgemeine Status‘ wird großen, internationalen NGOs



## Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)

gewährt, die in fast allen Arbeitsbereichen des Wirtschafts- und Sozialrats tätig sind. Der ‚besondere Konsultativstatus‘ wird den NGOs eingeräumt, die Kompetenzen in mehreren Tätigkeitsbereichen aufweisen. Den ‚Listenstatus‘ erhalten NGOs, wenn der Rat der Auffassung ist, dass sie nützliche Beiträge zu bestimmten Anlässen leisten können.

Von den akkreditierten NGOs, die einer Region zugeordnet werden konnten (2.720), entfielen knapp zwei Drittel auf Europa und Nordamerika. Lediglich 12 bzw. 15 Prozent entfielen auf Afrika bzw. Asien. Die restlichen NGOs stammten aus Lateinamerika, der Karibik sowie Ozeanien.

Dass die Verteilung der NGOs der globalen Verteilung der ökonomischen Ressourcen folgt, begrenzt die öffentliche Legitimation der NGOs auf transnationaler Ebene. Zudem sind die NGOs nicht demokratisch legitimiert. Selbst die NGOs, die sich für mehr Demokratie auf globaler Ebene einsetzen, sind nicht gewählt. Auch intern müssen NGOs nicht demokratisch strukturiert sein und ihre Spendenabhängigkeit kann in Widerspruch zu ihrer Autonomie und Glaubwürdigkeit stehen.

Zusammengefasst sind NGOs wichtige Vertreter zivilgesellschaftlicher Interessen und viele leisten einen wertvollen Beitrag zur Demokratisierung der internationalen Politik. Und auch wenn die NGOs demokratisch legitimierte Institutionen und Personen nicht ersetzen können und sie im Vergleich zu Nationalstaaten und Multinationalen Unternehmen eine geringere „Investitionsmacht“ haben, sind sie ein bedeutender Bestandteil der bestehenden Global Governance-Ansätze.

### ▪ Datenquelle

United Nations – Department of Economic and Social Affairs/NGO Branch: [www.un.org/esa/coordination/ngo/](http://www.un.org/esa/coordination/ngo/); Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen (UNRIC): [www.unric.org](http://www.unric.org)

### ▪ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Bisher konnte sich weder in der öffentlichen Diskussion noch in der Fachwelt eine einheitliche Definition des NGO-Begriffs durchsetzen. In der Grafik werden ausschließlich die NGOs betrachtet, die sich für einen Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) qualifiziert haben.

Der Wirtschafts- und Sozialrat entscheidet über den Konsultativstatus für NGOs auf Empfehlung des zwischenstaatlichen Ausschusses für Nichtregierungsorganisationen. Dieser Ausschuss besteht aus 19 Mitgliedstaaten und tritt jährlich zusammen.



## ■ Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)

NGOs mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), Stand: Juli 2009

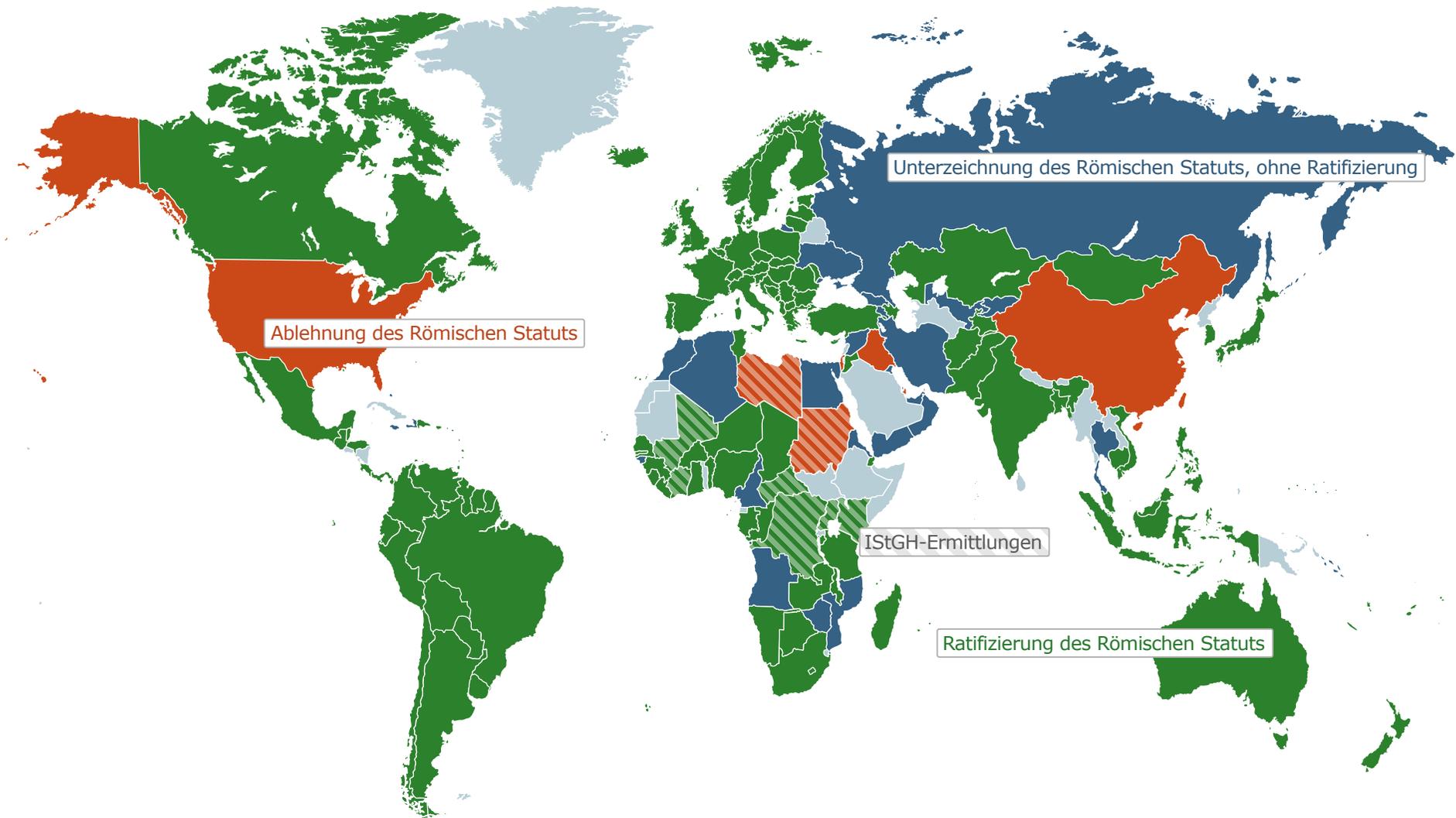
	nach Regionen
Europa	995
Nordamerika	770
Asien	426
Afrika	322
Lateinamerika und Karibik	146
Ozeanien	61
keine Angaben	475
insgesamt	3.195

	nach Status
allgemeiner Status	139
besonderer Konsultativstatus	2.082
Listenstatus	974
insgesamt	3.195

Quelle: UNDESA/NGO Branch: [www.un.org/esa/coordination/ngo/](http://www.un.org/esa/coordination/ngo/)

# ■ Internationale Gerichtsbarkeit

Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Stand: 13.10.2013



# ■ Internationale Gerichtsbarkeit

## ■ Fakten

1899 trat auf Initiative von Zar Nikolaus II. die erste Haager Friedenskonferenz zusammen. Sie beschloss, einen „Ständigen Schiedsgerichtshof“ in Den Haag zu errichten. Dieser setzte sich aus ernannten Sachverständigen des Völkerrechts zusammen und sollte Konflikte zwischen Staaten schlichten. 1922 wurde im Rahmen des Völkerbundes zusätzlich der Ständige Internationale Gerichtshof geschaffen. Seit Gründung der Vereinten Nationen (UN) im Jahr 1945 besteht er als Internationaler Gerichtshof (IGH) weiter. Der IGH urteilt ebenfalls über Streitigkeiten zwischen Staaten, die seine Zuständigkeit anerkennen.

Heute gibt es eine Vielzahl weiterer internationaler Gerichte wie zum Beispiel den Internationalen Seegerichtshof (ISGH), den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), den EFTA-Gerichtshof, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), den Sondergerichtshof für Sierra Leone (SCSL) oder den Sonderstrafgerichtshof in Kambodscha (ECCC).

Eine besondere Beachtung verdient der Bereich des internationalen Strafrechts, da hier nicht Konflikte zwischen Staaten behandelt werden, sondern über natürliche Personen gerichtet wird. Die Besonderheit besteht darin, dass ein einmal anerkanntes internationales Gericht ein Urteil unabhängig von den Überzeugungen einzelner Staatsvertreter nicht nur fällen, sondern auch vollziehen kann.

Bereits 1872 gab es unter dem Eindruck der Grausamkeiten im preußisch-französischen Krieg von 1870/71 die ersten Forderungen

nach Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs. Vor allem wegen der während des Zweiten Weltkriegs begangenen Verbrechen und der Tätigkeit der Internationalen Militärgerichtshöfe von Nürnberg und Tokio wurde die Idee auf UN-Ebene neu belebt. Die 1948 beschlossene Völkermordkonvention sah ein internationales Strafgericht vor, zu dessen Gründung es aber nicht kam. Auch spätere Bemühungen im Rahmen der UN blieben wegen des Kalten Kriegs ohne Erfolg.

1990 beauftragte die UN-Generalversammlung die Völkerrechtskommission, die Errichtung eines Strafgerichtshofs erneut zu prüfen. Die massiven Verstöße gegen das Humanitäre Völkerrecht im zerfallenden Jugoslawien und der Völkermord in Ruanda führten zur Einrichtung zweier ad hoc-Strafgerichtshöfe. Dies gab dem Vorhaben eines ständigen Internationalen Strafgerichtshofs weiteren Auftrieb. 1994 legte die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen ihren ersten Entwurf für ein Statut eines Internationalen Strafgerichtshofs vor. Die von der Generalversammlung beschlossene Konferenz zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) endete mit der Verabschiedung des Römischen Statuts am 17. Juli 1998. Nachdem 60 Staaten das Römische Statut ratifiziert hatten, trat es am 1. Juli 2002 in Kraft.

Bis Mitte Oktober 2013 wurde das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs von 122 Staaten ratifiziert, weitere 28 Staaten haben es unterschrieben, aber noch nicht ratifiziert. Lediglich sieben Staaten lehnen das Statut gegenwärtig ab – China, Irak, Israel, Katar, Libyen, Sudan und die USA. Die USA, Israel und der Sudan hatten das Römische Statut zunächst unterzeichnet, später aber eine Ratifikation ausgeschlossen und ihre Unterschriften zurückgezogen.

## ■ Internationale Gerichtsbarkeit

Der IStGH soll weder die nationale Strafgerichtsbarkeit ersetzen noch nationale Verfahren überprüfen. Der Gerichtshof kann nur dann strafverfolgend tätig werden, wenn Staaten nicht willens oder nicht in der Lage sind, eine bestimmte schwere Straftat ernsthaft zu verfolgen (Grundsatz der Komplementarität). Die Gerichtsbarkeit ist auf vier besonders schwere Verbrechen beschränkt: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und – zukünftig – das Verbrechen der Aggression.

Der Gerichtshof kann seine Gerichtsbarkeit nicht nur ausüben, wenn sich ein Verbrechen in einem Staat ereignet, der die Gerichtsbarkeit des IStGH anerkannt hat, sondern auch dann, wenn der mutmaßliche Täter die Staatsangehörigkeit eines dieser Staaten besitzt. Die völkerrechtspolitische Errungenschaft besteht darin, dass sich Individuen (unter Aufhebung der Immunität) vor einer unabhängigen richterlichen Institution der Staatengemeinschaft verantworten müssen.

Der IStGH ist nicht Teil der Vereinten Nationen, sondern eine eigenständige Internationale Organisation mit Völkerrechtspersönlichkeit mit Sitz in Den Haag/Niederlande. Der Gerichtshof wird entweder aufgrund einer Initiative eines Vertragsstaates, des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen oder aufgrund eigener Initiative des Anklägers („proprio motu“) tätig.

Mitte Oktober 2013 übte der Gerichtshof seine Gerichtsbarkeit in acht sogenannten Situationsländern aus. Dabei wurde der IStGH in vier Fällen aufgrund einer Beschwerde eines Vertragsstaates tätig (Uganda, Demokratische Republik Kongo, Zentralafrikanische Republik, Mali), jeweils zweimal ging die Initiative vom Sicherheitsrat der Vereinten

Nationen (Sudan/Region Darfur und Libyen) beziehungsweise vom Ankläger (Kenia und Côte d'Ivoire) aus. Laufende Untersuchungen des IStGH, aus denen keine Ermittlungen folgen müssen, gab es Mitte Oktober 2013 für Afghanistan, Georgien, Guinea, Honduras, Kolumbien, die Komoren, Nigeria sowie Südkorea.

Sein erstes Urteil sprach der IStGH gegen den früheren kongole-sischen Milizenführer Thomas Lubanga, der wegen der Rekrutierung und des Einsatzes von Kindersoldaten am 10.07.2012 zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren verurteilt wurde.

### ■ Datenquelle

International Criminal Court (ICC): [www.icc-cpi.int](http://www.icc-cpi.int); Auswärtiges Amt: [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

### ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Das Verbrechen der Aggression wurde auf der 1. Überprüfungs-konferenz zum Römischen Statut in Kampala (Uganda) im Mai/ Juni 2010 im Konsens von den Vertragsstaaten definiert. Staaten machen sich dieses Verbrechens strafbar durch „die Planung, Vorbereitung, Initiierung oder Durchführung von bewaffneter Gewalt gegen die Souveränität, territoriale Integrität oder po-litische Unabhängigkeit eines anderen Staates“. Gleichzeitig wurden die Bedingungen für die Ausübung der Gerichtsbarkeit festgelegt. Diese Regelungen werden frühestens ab 2017 in Kraft treten, unter der Bedingung, dass zwei Drittel aller Vertragsstaaten die Vertragsergänzungen akzeptieren und mindestens 30 Staaten sie ratifizieren.

## ■ Internationale Gerichtsbarkeit (Teil 1)

Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, Stand: 13.10.2013

<b>Ratifizierung des Römischen Statuts</b>	Cookinseln	Grenada	Liberia	Panama	St. Vincent und die Grenadinen
Afghanistan	Costa Rica	Griechenland	Liechtenstein	Paraguay	Südafrika
Albanien	Côte d'Ivoire	Großbritannien	Litauen	Peru	Südkorea
Andorra	Dänemark	Guatemala	Luxemburg	Philippinen	Suriname
Antigua und Barbuda	Demokratische Republik Kongo	Guinea	Madagaskar	Polen	Tadschikistan
Argentinien	Deutschland	Guyana	Malawi	Portugal	Tansania
Australien	Dominica	Honduras	Malediven	Republik Moldau	Timor-Leste
Bangladesch	Dominikanische Republik	Irland	Mali	Rumänien	Trinidad und Tobago
Barbados	Dschibuti	Island	Malta	Sambia	Tschad
Belgien	Ecuador	Italien	Marshallinseln	Samoa	Tschechische Republik
Belize	ehem. jugoslaw. Rep. Mazedonien	Japan	Mauritius	San Marino	Tunesien
Benin	Estland	Jordanien	Mexiko	Schweden	Uganda
Bolivien	Fidschi	Kambodscha	Mongolei	Schweiz	Ungarn
Bosnien und Herzegowina	Finnland	Kanada	Montenegro	Senegal	Uruguay
Botsuana	Frankreich	Kap Verde	Namibia	Serbien	Vanuatu
Brasilien	Gabun	Kenia	Nauru	Seychellen	Venezuela
Bulgarien	Gambia	Kolumbien	Neuseeland	Sierra Leone	Zentralafrikanische Republik
Burkina Faso	Georgien	Komoren	Niederlande	Slowakei	Zypern
Burundi	Ghana	Kongo	Niger	Slowenien	
Chile		Kroatien	Nigeria	Spanien	
		Lesotho	Norwegen	St. Kitts und Nevis	
		Lettland	Österreich	St. Lucia	

Quelle: International Criminal Court (ICC): [www.icc-cpi.int](http://www.icc-cpi.int)



## ■ Internationale Gerichtsbarkeit (Teil 2)

Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, Stand: 13.10.2013

<b>Unterzeichnung des Römischen Statuts, ohne bisherige Ratifizierung</b>	
Ägypten	Russland
Algerien	Salomonen
Angola	São Tomé und Príncipe
Armenien	Simbabwe
Bahamas	Syrien
Bahrain	Thailand
Eritrea	Ukraine
Guinea-Bissau	Usbekistan
Haiti	Vereinigte Arabische Emirate
Iran	
Jamaica	
Jemen	
Kamerun	
Kirgisistan	
Kuwait	
Marokko	
Monaco	
Mosambik	
Oman	

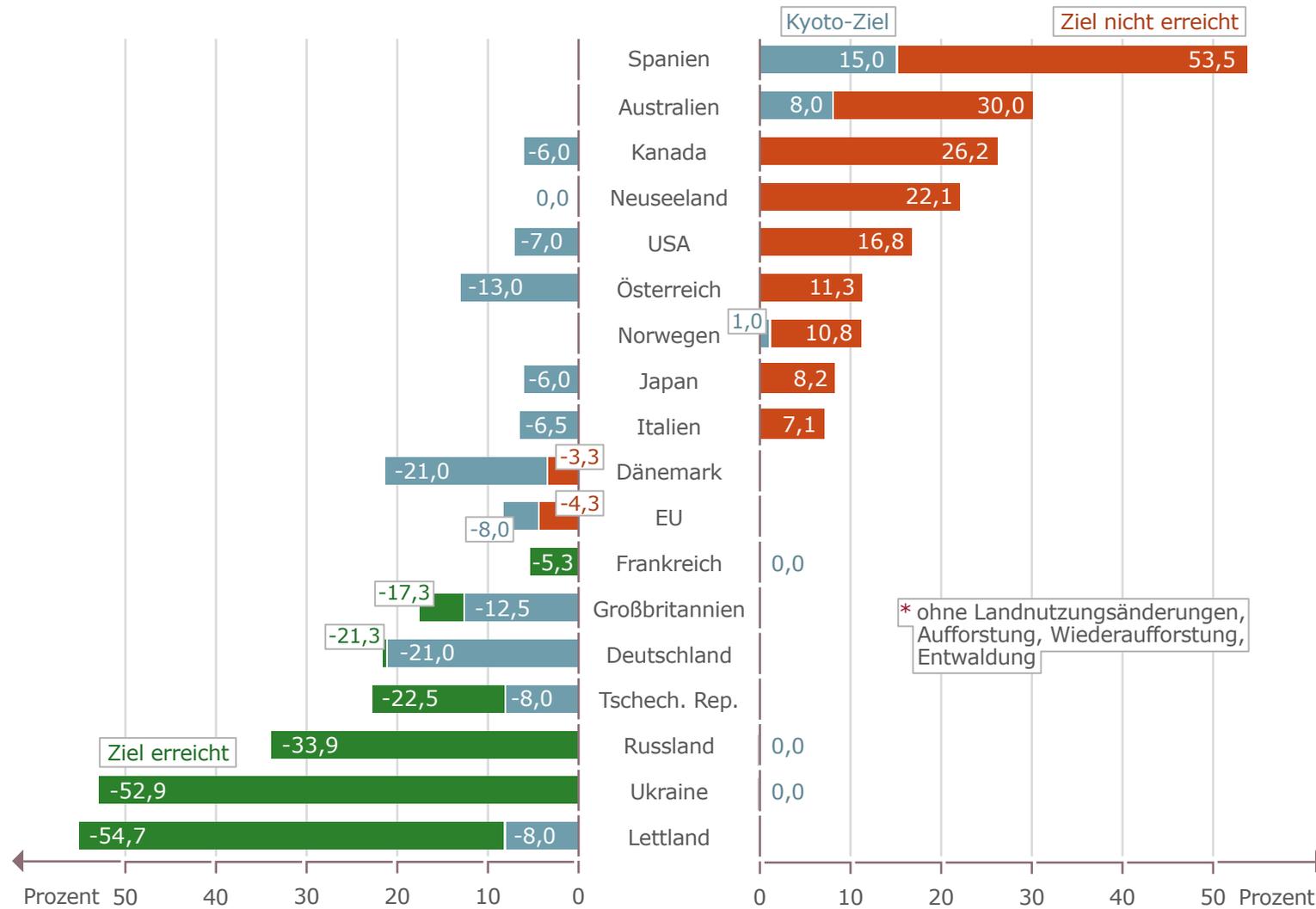
<b>Ablehnung des Römischen Statuts*</b>
China
Irak
Israel**
Katar
Libyen
Sudan**
USA**

\* am 17. Juli 1998 stimmten mit „Nein“: China, Irak, Israel, Jemen, Katar, Libyen und die USA

\*\* Israel: Unterzeichnung 2000, Ablehnung 2002 / Sudan: Unterzeichnung 2000, Ablehnung 2008 (Südsudan ist seit dem 9. Juli 2011 unabhängig) / USA: Unterzeichnung 2000, Ablehnung 2002

## ■ Internationale Verträge – Das Kyoto-Protokoll

Veränderung der Treibhausgasemissionen 2007 gegenüber 1990\*, Zielsetzung für 2008/2012



## ■ Internationale Verträge – Das Kyoto-Protokoll

### ■ Fakten

Global Governance (GG), also das Regieren im politischen Mehrebenensystem, weist den Nationalstaaten neue Handlungsoptionen zu. Auch wenn sich an der gegenwärtigen Machtstellung der Nationalstaaten auf absehbare Zeit wenig ändern wird, müssen sich die Nationalstaaten angesichts der grenzüberschreitenden Herausforderungen zunehmend mit „geteilten Souveränitäten“ beschäftigen, wenn sie ihre politische Handlungsfähigkeit sichern wollen.

Vorläufer und Teil des GG-Ansatzes sind die Weltkonferenzen der Vereinten Nationen (UN), die Verhandlungsrunden der Welthandelsorganisation (WTO) aber auch die Gipfeltreffen der G7/G8-Staaten – auch wenn deren konkrete Ausgestaltung von verschiedenen sozialen Gruppen kritisiert wird. Ein prominentes Beispiel für den GG-Ansatz ist die UN-Konferenz in Kyoto im Jahr 1997, die das sogenannte Kyoto-Protokoll zur weiteren Ausgestaltung der Rahmenkonvention der UN über Klimaänderungen (UNFCCC) hervorgebracht hat.

Das bis zum Jahr 2012 gültige Abkommen schreibt verbindliche Ziele für den Ausstoß von Treibhausgasen fest. Die einzelnen Staaten verpflichten sich, ihre Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2008 bis 2012 im Mittel um 5,2 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Dabei sind nicht für alle Staaten die gleichen Reduktionswerte vorgesehen – beispielsweise soll Russland seine Emissionen stabilisieren, Spanien darf den Ausstoß von Treibhausgasen um 15 Prozent erhöhen und die EU soll ihre Emissionen um 8,0 Prozent reduzieren. Die große Aufmerksamkeit, die das Kyoto-Protokoll auf sich zieht, hängt auch damit zusammen, dass beim Klimaschutz nur ein abgestimmtes und nicht zuletzt solidarisches Verhalten die notwendigen Erfolge ermöglicht.

Das Kyoto-Protokoll konnte erst in Kraft treten, als es 55 Staaten ratifiziert hatten, die zugleich einen Anteil von mindestens 55 Prozent an den Treibhausgasemissionen der sogenannten Annex I Staaten (Basisjahr 1990) hatten. Den Durchbruch brachte die Ratifizierung durch Russland im November 2004. Noch kurz zuvor sah es so aus, als ob Russland aus ökonomischen Interessen bei einer Ablehnung bleiben würde. Anfang Dezember 2009 galt das Kyoto-Protokoll in 190 Staaten, die zusammen 63,7 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen zu verantworten haben.

Die grundsätzlich positiv zu bewertenden Vereinbarungen des Kyoto-Protokolls werden jedoch durch verschiedene Faktoren relativiert:

- Dem Protokoll fehlen Sanktionsmöglichkeiten im Falle der Nichterfüllung der vereinbarten Ziele. Auch deshalb sind die Emissionen in den vergangenen Jahren in vielen Annex I Staaten stärker gestiegen als vereinbart. Der Rückgang von insgesamt 3,9 Prozent in den Annex I Staaten zwischen 1990 und 2007 beruht vor allem auf der sinkenden Wirtschaftsleistung in den Transformationsstaaten. In den Annex I Staaten, die keinem „Transformationsschock“ ausgesetzt waren, ist der Ausstoß von Treibhausgasen in diesem Zeitraum um 11,2 Prozent gestiegen. Den Hauptanteil am anthropogenen, also vom Menschen verursachten, Treibhauseffekt hat mit 60 Prozent das Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). Allein die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen haben sich zwischen 1990 und 2007 von weniger als 22 auf rund 29 Milliarden Tonnen erhöht.

- Die USA haben das Protokoll zwar 1998 unterzeichnet, aber bis heute nicht ratifiziert. Die USA sind wegen ihres politischen Gewichts aber vor allem wegen ihrer hohen Treibhausgasemissionen von zentraler



## ■ Internationale Verträge – Das Kyoto-Protokoll

Bedeutung für die Klimapolitik. Im Jahr 2007 hatten die USA einen Anteil von knapp einem Fünftel an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen.

- Aus der Sicht der Klimaforschung liefert das Kyoto-Protokoll in der gegenwärtigen Form nicht den notwendigen Klimaschutz. Um gravierende Klimaänderungen in den nächsten hundert Jahren zu vermeiden, müsste der Ausstoß von Treibhausgasen auf einen kleinen Teil des heutigen Ausstoßes reduziert werden. In der Zukunft muss daher der Einführung regenerativer Energien mehr Gewicht beigemessen werden, denn nur diese stehen unbegrenzt und klimaneutral zur Verfügung.

- Bisher sind keine verbindlichen Regeln für die Zeit nach 2012 festgelegt. Auch die UN-Klimaschutzkonferenz Ende 2009 in Kopenhagen hat die Erwartungen nicht erfüllt. Zwar wurden Klimaschutzziele formuliert, der „Vertrag von Kopenhagen“ (Copenhagen accord) wurde allerdings vom Plenum nur „zur Kenntnis“ genommen, verbindliche Regelungen fehlen.

### ■ Datenquelle

United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC):  
[www.unfccc.int](http://www.unfccc.int)

### ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

UN – United Nations

UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change

WTO – World Trade Organization

Wälder, Böden und Meere sind bedeutende natürliche Speicher von Kohlenstoff, sie binden Kohlenstoff aus der Atmosphäre. Das Kyoto-Protokoll sieht vor, bis zu einem gewissen Maße, forstwirtschaftliche Aktivitäten wie Aufforstung, Wiederaufforstung und Entwaldung (LULUCF – Land Use, Land-Use Change and Forestry) in die CO<sub>2</sub>-Bilanzierung mit einzubeziehen. Für die Anrechnung dieser sogenannten Kohlenstoff-Senken existiert jedoch kein international anerkanntes Verfahren und die Anrechnung kann zu Verzerrungen führen.

Der Annex I der Klimarahmenkonvention von 1992 listet alle Staaten auf, die im Rahmen der Konvention die Selbstverpflichtung zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2000 auf das Niveau von 1990 übernommen haben. Auf der Liste stehen alle Staaten der OECD (außer Korea und Mexiko) sowie alle osteuropäischen Staaten (außer Jugoslawien und Albanien). Der Begriff „Annex I Staaten“ wird daher oft synonym mit „Industrieländer“ benutzt. Auf der Homepage der UNFCCC sind die Annex I und die Nicht-Annex I Staaten einzeln verzeichnet.

## ■ Internationale Verträge – Das Kyoto-Protokoll

Veränderung der Treibhausgasemissionen 2007 gegenüber 1990\*, Zielsetzung für 2008/2012

	Veränderung der Treibhausgasemissionen 2007 gegenüber 1990*, in Prozent	Kyoto-Ziel 2008/2012
<b>Spanien</b>	53,5	15,0
<b>Portugal</b>	38,1	27,0
<b>Island</b>	31,8	10,0
<b>Australien</b>	30,0	8,0
<b>Kanada</b>	26,2	-6,0
<b>Irland</b>	25,0	13,0
<b>Griechenland</b>	24,9	25,0
<b>Neuseeland</b>	22,1	0,0
<b>USA</b>	16,8	-7,0
<b>Österreich</b>	11,3	-13,0
<b>Norwegen</b>	10,8	1,0
<b>Finnland</b>	10,6	0,0
<b>Japan</b>	8,2	-6,0
<b>Italien</b>	7,1	-6,5
<b>Liechtenstein</b>	6,1	-8,0
<b>Kroatien</b>	3,2	-5,0
<b>Slowenien**</b>	1,9	-8,0
<b>Luxembourg</b>	-1,6	-28,0
<b>Niederlande</b>	-2,1	-6,0
<b>Schweiz</b>	-2,7	-8,0

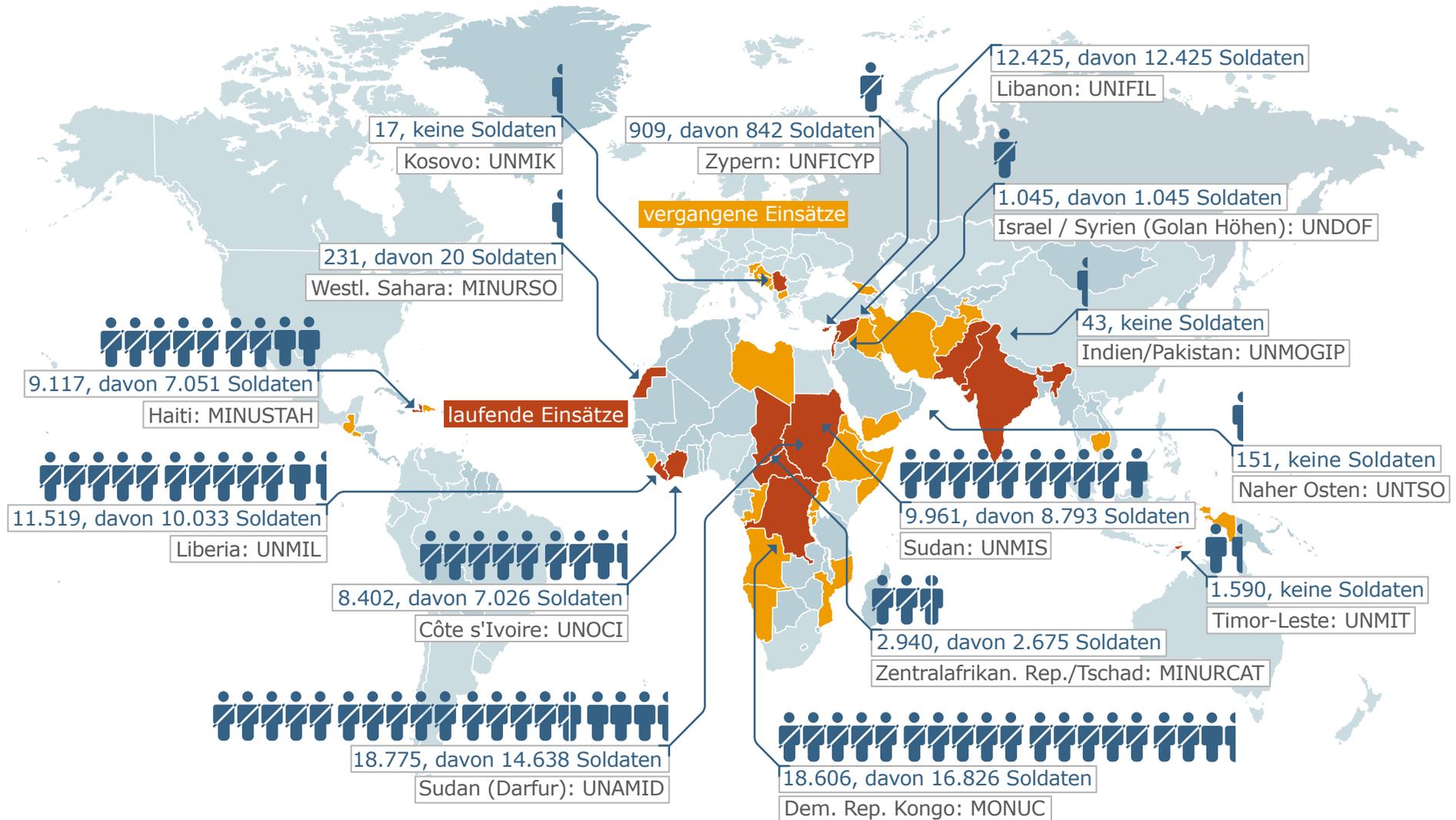
	Veränderung der Treibhausgasemissionen 2007 gegenüber 1990*, in Prozent	Kyoto-Ziel 2008/2012
<b>Dänemark</b>	-3,3	-21,0
<b>EU</b>	-4,3	-8,0
<b>Frankreich</b>	-5,3	0,0
<b>Belgien</b>	-8,3	-7,5
<b>Schweden</b>	-9,1	4,0
<b>Monaco</b>	-9,3	-8,0
<b>Großbritannien</b>	-17,3	-12,5
<b>Deutschland</b>	-21,3	-21,0
<b>Tschechische Republik</b>	-22,5	-8,0
<b>Polen**</b>	-30,0	-6,0
<b>Russland</b>	-33,9	0,0
<b>Ungarn**</b>	-34,8	-6,0
<b>Slowakei</b>	-35,9	-8,0
<b>Bulgarien**</b>	-43,3	-8,0
<b>Rumänien**</b>	-44,8	-8,0
<b>Estland</b>	-47,5	-8,0
<b>Litauen</b>	-49,6	-8,0
<b>Ukraine</b>	-52,9	0,0
<b>Lettland</b>	-54,7	-8,0

\* ohne Landnutzungsänderungen und forstwirtschaftliche Aktivitäten wie Aufforstung, Wiederaufforstung und Entwaldung

\*\* von 1990 abweichendes Basisjahr bei Bulgarien (1988), Polen (1988), Rumänien (1989), Slowenien (1986) und Ungarn (Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1987)

# UN Friedenseinsätze

Vergangene und laufende Einsätze, uniformiertes Personal in absoluten Zahlen, Stand: Sept. 2009



Quelle: UN peacekeeping: [www.un.org/Depts/dpko/dpko/index.asp](http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/index.asp)  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

# ■ ■ UN Friedenseinsätze

## ■ Fakten

Die Friedenseinsätze der Vereinten Nationen (UN) haben sich zu einem wichtigen Instrument des UN Sicherheitsrats bei der Wahrnehmung seiner Verantwortung für den Frieden entwickelt. Noch nie in der 61-jährigen Geschichte der Friedenseinsätze waren so viele Menschen für friedenserhaltende oder friedensstiftende Maßnahmen der UN im Einsatz wie im September 2009: gut 96.000 Uniformierte – also Soldaten, Polizisten und Militärbeobachter – sowie etwa 20.000 Zivilpersonen.

Noch zu Beginn der 1990er-Jahre war das Ziel oft, Frieden zu schaffen. Heute tendiert der Sicherheitsrat vor allem wegen der Rückschläge in Somalia, Ruanda und dem ehemaligen Jugoslawien zum klassischen Mandat der Friedenserhaltung bei dem die Konfliktparteien ihr Einverständnis erteilen. Das Mandat der Friedenstruppen wird durch den Sicherheitsrat in der Regel halbjährlich verlängert.

Seit 1948 wurden 63 friedenserhaltende oder friedensstiftende Maßnahmen beschlossen. Gegenwärtig betreibt das Department of Peacekeeping Operations (DPKO) 15 unterschiedliche Missionen – davon sieben in Afrika, drei im Nahen Osten, jeweils zwei in Europa und der Region Asien-Pazifik und eine in Mittelamerika. Hinzu kommen zwei vom DPKO unterstützte politische Missionen in Afghanistan (UNAMA) und Burundi (BINUB) sowie die UN Assistance Mission for Irak (UNAMI) und die UN Mission in Nepal (UNMIN).

Ende September 2009 stellten 116 verschiedene Staaten das uniformierte Personal der Friedenseinsätze. Die meisten Soldaten, Polizisten und Militärbeobachter stammten dabei aus Pakistan (10.580), Bang-

ladesch (9.458), Indien (8.752), Nigeria (5.985), Nepal (4.211), Ägypten (3.895), Ruanda (3.595), Jordanien (3.545), Ghana (3.154) und Äthiopien (2.686) – allein diese zehn Staaten stellten 58,1 Prozent des uniformierten Personals.

Die Einsätze werden von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen (UN) finanziert. Die Generalversammlung legt den genauen Finanzierungsschlüssel fest. Prinzipiell bestimmen ökonomische Faktoren wie zum Beispiel das Bruttonationaleinkommen und die Schuldenlast die Höhe des Beitrags der einzelnen Staaten. Statistisch werden dabei Zeiträume von bis zu sechs Jahren erfasst. Staaten mit einem niedrigen pro Kopf Einkommen erhalten Abschläge und Staaten mit einem hohen pro Kopf Einkommen Zuschläge auf den Beitragssatz. Zudem müssen sich die ständigen Mitglieder des UN Sicherheitsrats, wegen ihrer Gesamtverantwortung im UN System, stärker an der Finanzierung beteiligen.

Nach dem Finanzierungsschlüssel hatten Mitte 2009 die zehn größten Beitragszahler einen Anteil von 82,8 Prozent an den finanziellen Aufwendungen: USA (26,0 Prozent), Japan (16,6 Prozent), Deutschland (8,6 Prozent), Großbritannien (7,8 Prozent), Frankreich (7,4 Prozent), Italien (5,1 Prozent), China (3,1 Prozent), Kanada (3,0 Prozent), Spanien (3,0 Prozent) und Südkorea (2,2 Prozent).

In der Zeit vom 01. Juli 2007 bis zum 30. Juni 2008 betrug das Budget für die Friedenseinsätze rund 7,75 Milliarden US-Dollar. Auch für den Zeitraum Juli 2009 bis Juni 2010 liegen die voraussichtliche Kosten bei mehr als 7,7 Milliarden US-Dollar. Knapp 80 Prozent dieser Kosten entfallen auf Friedensmissionen in Afrika, insbesondere in der Demokra-

## ■ UN Friedenseinsätze

tischen Republik Kongo, im Sudan, in Liberia und Côte d'Ivoire. Zwischen 1948 und Mitte 2008 wurden insgesamt etwa 61 Milliarden US-Dollar für die Friedenseinsätze ausgegeben.

Zusätzlich zu den finanziellen Aufwendungen unterstützen viele Staaten die Friedenseinsätze auch mit Leistungen, die über ihre festgelegten Verpflichtungen hinausgehen (zum Beispiel Transportleistungen, Materialaufwendungen und Personal).

### ■ **Datenquelle**

United Nations peacekeeping: [www.un.org/Depts/dpko/dpko/index.asp](http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/index.asp);  
General Assembly: Committee on Contributions:  
[www.un.org/ga/contributions/index.shtml](http://www.un.org/ga/contributions/index.shtml)

### ■ **Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen**

Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der UN sind: China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA.

Das Bruttonationaleinkommen (BNE, früher BSP) wird berechnet, indem vom Bruttoinlandsprodukt die an das Ausland fließenden Löhne und Gewinne (Faktoreinkommen) abgezogen und entsprechend die vom Ausland ans Inland fließenden Faktoreinkommen addiert werden.

## ■ UN Friedenseinsätze

Vergangene und laufende Einsätze, uniformiertes Personal in absoluten Zahlen, Stand: Sept. 2009

laufende Einsätze		
	uniformiertes Personal	davon: Soldaten
<b>Afrika</b>		
Burundi – BINUB*	17	0
Côte d'Ivoire – UNOCI	8.402	7.026
Demokratische Republik Kongo – MONUC	18.606	16.826
Liberia – UNMIL	11.519	10.033
Sudan – UNMIS	9.961	8.793
Sudan (Darfur) – UNAMID	18.775	14.638
westliche Sahara – MINURSO	231	20
Zentralafrikanische Republik/ Tschad – MINURCAT	2.940	2.675
<b>Nord-, Süd- und Mittelamerika</b>		
Haiti – MINUSTAH	9.117	7.051
<b>Asien-Pazifik</b>		
Afghanistan – UNAMA*	23	0
Indien/Pakistan – UNMOGIP	43	0
Timor-Leste – UNMIT	1.590	0

laufende Einsätze		
	uniformiertes Personal	davon: Soldaten
<b>Europa</b>		
Kosovo – UNMIK	17	0
Zypern – UNFICYP	909	842
<b>Naher Osten</b>		
Israel/Syrien (Golan-Höhen) – UNDOF	1.045	1.045
Libanon – UNIFIL	12.425	12.425
Naher Osten – UNTSO	151	0

\* politische Mission, die vom Department of Peacekeeping Operations (DPKO) geleitet wird

Quelle: United Nations peacekeeping: [www.un.org/Depts/dpko/dpko/index.asp](http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/index.asp)

# ■ UN Friedenseinsätze

Vergangene und laufende Einsätze, uniformiertes Personal in absoluten Zahlen, Stand: Sept. 2009

vergangene Einsätze
Afrika
Angola – MONUA
Angola – UNAVEM I
Angola – UNAVEM II
Angola – UNAVEM III
Äthiopien/Eritrea – UNMEE
Burundi – ONUB
Kongo – ONUC
Liberia – UNOMIL
Libyen/Tschad – UNASOG
Mosambik – ONUMOZ
Namibia – UNTAG
Ruanda – UNAMIR
Sierra Leone – UNOMSIL
Sierra Leone – UNAMSIL
Somalia – UNOSOM I
Somalia – UNOSOM II
Uganda/Ruanda – UNOMUR
Zentralafrikanische Republik – MINURCA

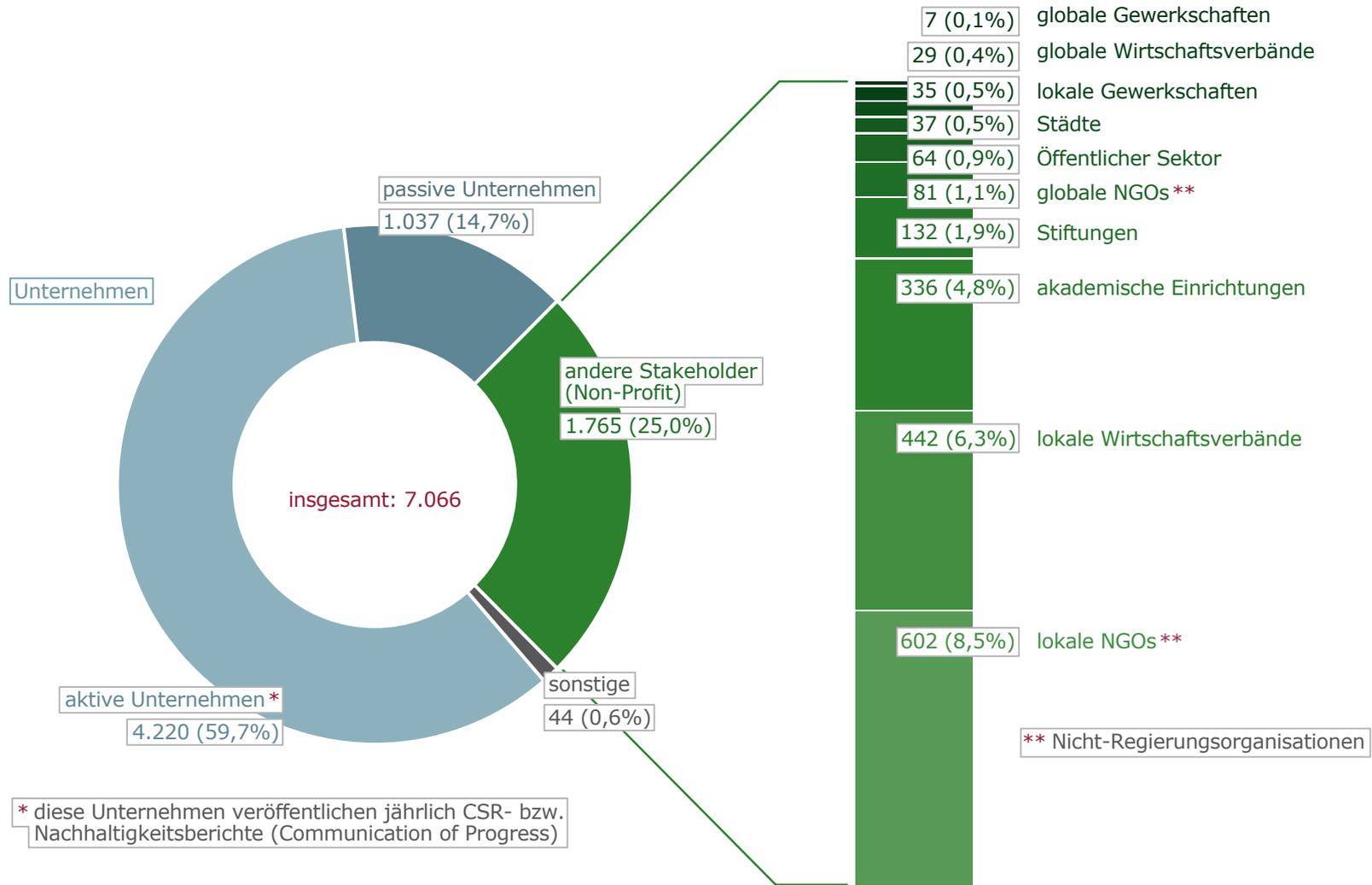
vergangene Einsätze
Nord-, Süd- und Mittelamerika
Dominikanische Republik – DOMREP
El Salvador – ONUSAL
Guatemala – MINUGUA
Haiti – MIPONUH
Haiti – UNTMIH
Haiti – UNSMIH
Haiti – UNMIH
Zentralamerika – ONUCA
Asien-Pazifik
Afghanistan/Pakistan – UNGOMAP
Indien/Pakistan – UNIPOM
Kambodscha – UNTAC
Kambodscha – UNAMIC
Tadschikistan – UNMOT
Timor-Leste – UNTAET
Timor-Leste – UNMISSET
West Neuguinea – UNSF

vergangene Einsätze
Europa
Bosnien und Herzegowina – UNMIBH
Georgien – UNOMIG
Jugoslawien – UNPROFOR
Kroatien – UNPSG
Kroatien – UNTAES
Kroatien – UNCRO
Kroatien/Jugoslawien (Prevlaka) – UNMOP
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien – UNPREDEP
Naher Osten
Irak/Kuwait – UNIKOM
Iran/Irak – UNIIMOG
Jemen – UNYOM
Libanon – UNOGIL
Naher Osten – UNEF I
Naher Osten – UNEF II

Quelle: United Nations peacekeeping: [www.un.org/Depts/dpko/dpko/index.asp](http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/index.asp)

# UN Global Compact

Zusammensetzung in absoluten Zahlen und in Prozent aller Mitglieder, Juli 2009



Quelle: UN Global Compact: [www.unglobalcompact.org](http://www.unglobalcompact.org)  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)



## ■ ■ UN Global Compact

### ■ Fakten

Die Globalisierung hat einerseits den Einfluss von Multinationalen Unternehmen (MNU) stark erhöht, andererseits aber auch den Legitimationsdruck auf die ‚Global Players‘ wachsen lassen. Als Folge werden Großkonzerne immer wieder wegen ihrer Geschäfts- und Produktionspraktiken öffentlich kritisiert – in der Vergangenheit zum Beispiel Nike für schlechte Arbeitsbedingungen in asiatischen Zuliefererfirmen, Shell für das Vorhaben, die Ölplattform Brent Spar im Atlantik zu versenken oder Teile der Pharmabranche, die das Patentrecht über die Arzneimittelversorgung der Menschen in armen Staaten stellten.

Zusammengefasst lautet die Kritik, dass global tätige Unternehmen nicht nur an Gewinnen interessiert sein dürfen, sondern die sozialen und ökologischen Folgen ihrer weltweiten Aktivitäten berücksichtigen müssen. Vor diesem Hintergrund findet auch der Diskurs über ‚Corporate Social Responsibility‘ (CSR) statt. CSR ist das Bekenntnis der Privatwirtschaft zu wirtschaftlich, sozial und ökologisch verantwortungsvoller Unternehmensführung. Die Unternehmen verpflichten sich selbst zur Beachtung sozialer- und umweltrelevanter Grundsätze bei ihrer Geschäftstätigkeit und ihren Beziehungen zu Arbeitnehmern, Anteilseignern, Konsumenten, Investoren oder anderen Akteuren.

Corporate Citizenship (CC) bezeichnet das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen über die eigentliche Geschäftstätigkeit hinaus. Beispielsweise handeln Unternehmen im Sinne der CC, wenn sie eine Stiftung gründen (Corporate Foundation), Geld spenden (Corporate Giving), ihren Mitarbeitern Zeit für freiwilliges Engagement zur Verfü-

gung stellen (Corporate Volunteering) oder ihre Ressourcen in Public Private Partnerships einbringen, um gesellschaftliche Probleme zu lösen.

Eine der prominentesten Initiativen zur Förderung von verantwortungsvollen Unternehmenspraktiken ist der Global Compact der Vereinten Nationen (UNGC). Unternehmen sollen dabei durch freiwillige Selbstverpflichtung gutes Unternehmensbürgertum demonstrieren sowie gesellschaftliche Verantwortung in ihren Kerngeschäften übernehmen.

Unternehmen, die dem GC beitreten, verpflichten sich (in allen Staaten, in denen sie tätig sind) zehn Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, Umwelt und Korruptionsbekämpfung einzuhalten. Durch diese Initiative wird der Kreis der Global Governance Akteure um ökonomische Akteure erweitert.

Der Global Compact ist in erster Linie ein Lern- und Dialogforum, in dem ‚Best Practices‘ von CSR, also gute Beispiele mit Vorbildfunktion, identifiziert und von anderen Unternehmen kopiert werden sollen. Die Mitgliedsunternehmen sollen ihr gesellschaftliches Engagement in Form von jährlichen CSR- bzw. Nachhaltigkeitsberichten (Communication of Progress, COP) auf der Global Compact Homepage veröffentlichen. Ziel ist es, schriftlich über den Stand der Umsetzung der zehn Prinzipien im Unternehmen zu informieren. Diese Form der Berichterstattung muss bestimmte Kriterien erfüllen und ist das wichtigste Kontrollinstrument des Global Compact.

## ■ UN Global Compact

Vier Fünftel der Mitgliedsunternehmen kommen ihrer Verpflichtung nach und veröffentlichen ihre Umsetzung der Global Compact Prinzipien. Mitglieder, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, werden auf der Webseite als ‚non-communicating‘ aufgeführt. Durch die Abgabe eines korrekten COP können diese Unternehmen ihren Status ändern.

Während die Unternehmen den freiwilligen Charakter des Paktes begrüßen und sich ihm auch deshalb gerne anschließen, kritisieren zivilgesellschaftliche Organisationen gerade diese Freiwilligkeit. Sie fordern eine Überprüfung der CSR-Vorhaben der Unternehmen bzw. einen verbindlichen Ordnungsrahmen auf globaler Ebene, der auch Sanktionen nicht ausschließt. Einerseits sollen so die inaktiven von aktiven Mitgliedsunternehmen unterschieden werden, andererseits soll verhindert werden, dass die Vereinten Nationen (UN) für die Zwecke der Unternehmen vereinnahmt werden. Dies gilt insbesondere für die Unternehmen, die den GC zur Verbesserung ihres Images nutzen, sich gleichzeitig aber nicht an alle der zehn Prinzipien des GC halten.

Trotz vorhandener Schwierigkeiten sehen zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen in den UN die einzige global legitimierte Instanz. Nur die UN sind demnach in der Lage, transparente Verhandlungsprozesse anzuregen, bei denen Staaten, Zivilgesellschaft und Unternehmen im Rahmen von Global Governance ihren Beitrag zu einem ordnungspolitischen Rahmen auf globaler Ebene leisten können.

### ■ Datenquelle

UN Global Compact: [www.unglobalcompact.org](http://www.unglobalcompact.org)

### ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Mit dem Beitritt zum Global Compact erklärt ein teilnehmendes Unternehmen bzw. eine teilnehmende Organisation ausdrücklich, die zehn Global Compact-Prinzipien innerhalb seines/ihrer Einflussbereiches als Katalog von Grundwerten umzusetzen. Die zehn Prinzipien leiten sich aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisationen (ILO) und den Grundsätzen der Erklärung von Rio zu Umwelt und Entwicklung ab.

#### Menschenrechte

- Prinzip 1: Unternehmen sollen den Schutz der internationalen Menschenrechte innerhalb ihres Einflussbereichs unterstützen und achten und
- Prinzip 2: sicherstellen, dass sie sich nicht an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig machen.

#### Arbeitsnormen

- Prinzip 3: Unternehmen sollen die Vereinigungsfreiheit und die wirksame Anerkennung des Rechts auf Kollektivverhandlungen wahren sowie ferner für
- Prinzip 4: die Beseitigung aller Formen der Zwangsarbeit,
- Prinzip 5: die Abschaffung der Kinderarbeit und
- Prinzip 6: die Beseitigung von Diskriminierung bei Anstellung und Beschäftigung eintreten.

#### Umweltschutz

- Prinzip 7: Unternehmen sollen im Umgang mit Umweltproblemen

## ■ ■ UN Global Compact

- einen vorsorgenden Ansatz unterstützen,
- Prinzip 8: Initiativen ergreifen, um ein größeres Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt zu erzeugen und
- Prinzip 9: die Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologien fördern.

### Korruptionsbekämpfung

- Prinzip 10: Unternehmen sollen gegen alle Arten der Korruption eintreten, einschließlich Erpressung und Bestechung.

# ■ UN Global Compact

Zusammensetzung in absoluten Zahlen und in Prozent aller Mitglieder, Juli 2009

	in abs. Zahlen	in Prozent
<b>insgesamt</b>	7.066	100,0
<b>davon:</b>		
<b>Unternehmen</b>	5.257	74,4
davon:		
aktive Unternehmen*	4.220	59,7
passive Unternehmen	1.037	14,7
<b>andere Stakeholder (Non-Profit)</b>	1.765	25,0
davon:		
lokale Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)	602	8,5
lokale Wirtschaftsverbände	442	6,3
akademische Einrichtungen	336	4,8
Stiftungen	132	1,9
globale Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)	81	1,1
Öffentlicher Sektor	64	0,9
Städte	37	0,5
lokale Gewerkschaften	35	0,5
globale Wirtschaftsverbände	29	0,4
globale Gewerkschaften	7	0,1
<b>sonstige**</b>	44	0,6

\* diese Unternehmen veröffentlichen jährlich Corporate Social Responsibility- bzw. Nachhaltigkeitsberichte (Communication of Progress)

\*\* darunter die UN-Organisationen OHCHR, ILO, UNEP, UNODC, UNDP, UNIDO

## ■ UN Global Compact

Verteilung der aktiven Unternehmen\* nach Regionen, in absoluten Zahlen und in Prozent, Stand: Juli 2009

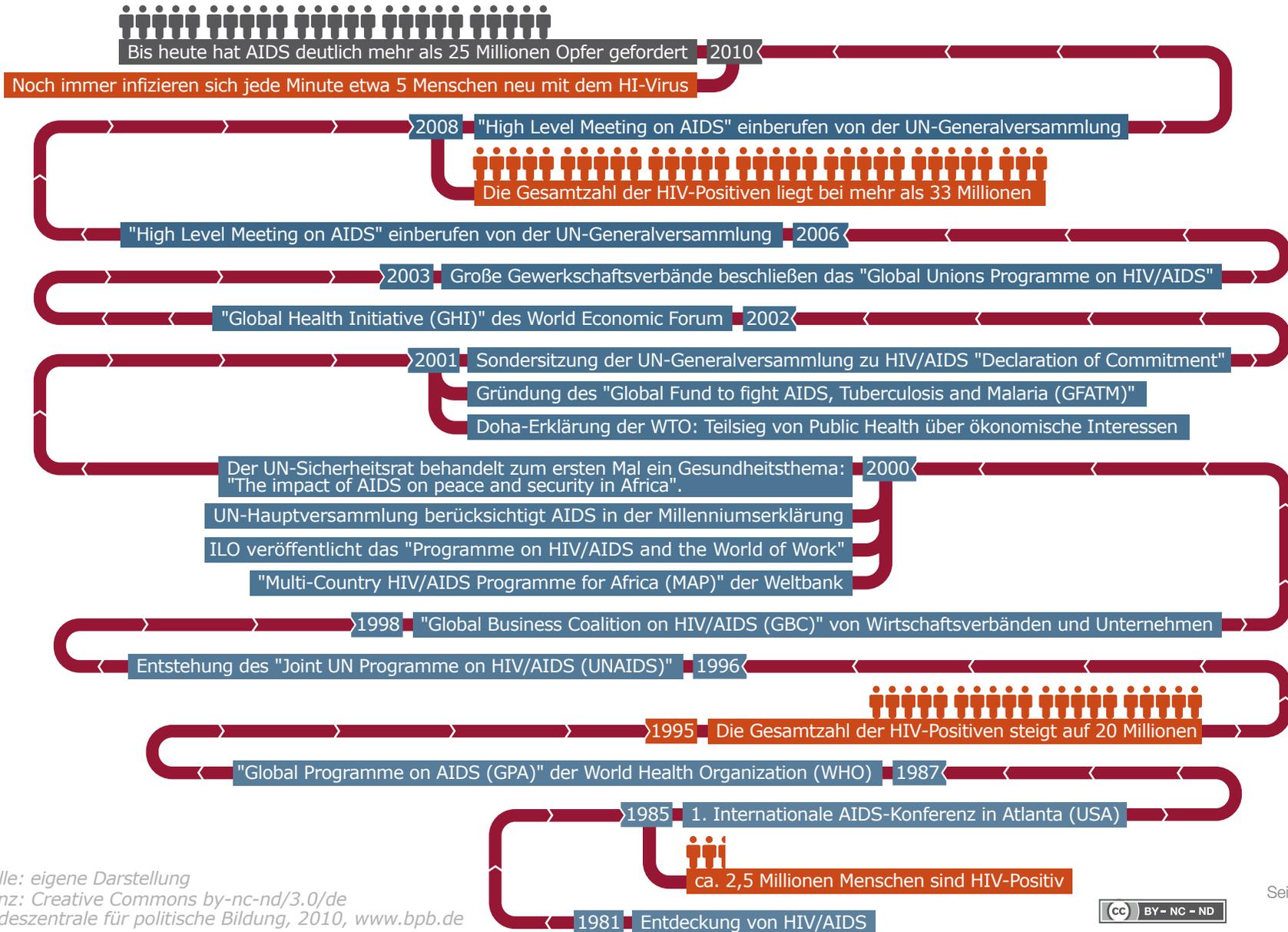
	in abs. Zahlen	in Prozent
<b>Europa</b>	2.224	52,7
<b>Nord-, Süd- und Mittelamerika</b>	930	22,0
<b>Asien</b>	746	17,7
<b>Afrika</b>	178	4,2
<b>Mittlerer Osten</b>	105	2,5
<b>Australasien</b>	37	0,9
<b>insgesamt</b>	4.220	100,0

\* diese Unternehmen veröffentlichen jährlich Corporate Social Responsibility- bzw. Nachhaltigkeitsberichte (Communication of Progress)

Quelle: UN Global Compact: [www.unglobalcompact.org](http://www.unglobalcompact.org)

# Global Health Governance (GHG)

Herausbildung von GHG-Institutionen bei der globalen Bekämpfung von HIV/AIDS, zeitlicher Verlauf



Quelle: eigene Darstellung  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, www.bpb.de

## ■ Global Health Governance (GHG)

### ■ Fakten

Die globale Gesundheitslage beziehungsweise die armutsorientierte Krankheitsbekämpfung haben sich zu einem eigenständigen globalen Politikfeld entwickelt: Global Health Governance (GHG). Nicht nur moralische Überlegungen haben zur Entwicklung der GHG beigetragen, sondern auch die Erkenntnis, dass die massiven Gesundheitsprobleme in den armen Regionen ein potenzielles Risiko für die globale Stabilität und Sicherheit darstellen.

Insbesondere HIV/AIDS ist zu einem Thema geworden, das international auf den höchsten politischen Ebenen behandelt wird. Beispielsweise behandelte der UN-Sicherheitsrat im Jahr 2000 zum ersten Mal ein Gesundheitsthema – „The impact of AIDS on peace and security in Africa“ – und verabschiedete die Resolution „HIV/AIDS and International Peacekeeping Operations“. Weiter berücksichtigte die UN-Generalversammlung das Thema AIDS in der Millenniumserklärung. Im Jahr 2001 wurde eine Sondersitzung (UNGASS) speziell zu HIV/AIDS einberufen und die „Declaration of Commitment“ verfasst. Und 2006 sowie 2008 hat die UN-Generalversammlung ein „High Level Meeting on AIDS“ einberufen.

GHG beschreibt die Handlungen im globalen Mehrebenensystem (global, regional, national und lokal), die – unter Beteiligung staatlicher und nicht-staatlicher Akteure – auf die nationalen Gesundheitssysteme einwirken. Inhaltlich konzentriert sich GHG auf die Bekämpfung armutsbedingter (Infektions-)Krankheiten.

Die internationale Gesundheitspolitik wird stark von der Weltbank und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beeinflusst. Während sich die Weltbank zu einer der wichtigsten internationalen Finanzierungsorganisationen gesundheitsbezogener Projekte entwickelt hat, ist die WHO die zentrale Organisation für internationale Gesundheitsfragen und nimmt durch globale Normsetzung sowie technische und politische Beratung Einfluss auf die globale Gesundheitspolitik.

Weitere Akteure von GHG sind Netzwerke und Global Public-Private Partnerships (GPPPs). Sie gelten als neue Formen politischer Steuerung in einer globalisierten Welt, da sie einen Rahmen für unterschiedliche Akteure und Politikebenen schaffen. Der 2001/2002 geschaffene „Global Fund to fight AIDS, Tuberculosis and Malaria“ (GFATM) ist eine solche GPPP im Gesundheitsbereich. Der Fonds gilt nach wie vor als Hoffnungsträger im Kampf gegen die drei wichtigsten armutsbedingten Krankheiten AIDS, Tuberkulose und Malaria. Zwei Aspekte sind dafür hauptverantwortlich: Zum einen die Praxis der Mittelvergabe, die die Empfängerstaaten dazu auffordert, eigene Strategien und damit Strukturen im Kampf gegen die Epidemien zu entwickeln. Zum anderen das große Finanzvolumen bei einem vergleichsweise kleinen Verwaltungsapparat.

Die Organisationsstruktur des GFATM unterscheidet sich von traditionellen Hilfsinstitutionen: nicht nur Regierungen sind beteiligt und können über Projekte bestimmen, sondern auch private lokale Akteure.

## ■ ■ **Global Health Governance (GHG)**

Die Empfängerstaaten bilden einen Beirat, bestehend aus öffentlichen und privaten Akteuren, und entwickeln eigene, auf sich zugeschnittene Programme, die der GFATM, nach Prüfung durch einen wissenschaftlichen Beirat, finanziert. Auch eine Anschlussfinanzierung ist nur dann möglich, wenn mit den erhaltenen Geldern messbare und nachhaltige Ergebnisse erzielt werden konnten.

Seit der GFATM 2002 seine Arbeit aufgenommen hat, wurden über den Fond insgesamt 18,7 Milliarden US-Dollar für 572 gesundheitsbezogene Projekte und Programme in 140 Staaten bewilligt (Stand: Ende 2009). Der GFATM ist damit das wichtigste Finanzierungsinstrument im Kampf gegen die drei häufigsten armutsbedingten Krankheiten AIDS, Tuberkulose und Malaria – sein Anteil an der internationalen Finanzierung liegt bei rund einem Viertel in Bezug auf AIDS und bei etwa zwei Dritteln bzw. drei Vierteln bei Tuberkulose und Malaria.

### ■ **Datenquelle**

The Global Fund: [www.theglobalfund.org](http://www.theglobalfund.org); eigene Darstellung

### ■ **Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen**

GHG – Global Health Governance

GFATM – Global Fund to fight AIDS, Tuberculosis and Malaria

UNGASS – United Nations General Assembly Special Session

ILO – International Labour Organization

HIV – Human Immunodeficiency Virus (Menschliches

Immunschwäche-Virus) ist die Bezeichnung für ein Virus, das nach einer unterschiedlich langen, meist mehrjährigen Inkubationsphase zu AIDS führt, einer unheilbaren Immunschwächekrankheit. Eine vollständige Entfernung des HI-Virus aus dem menschlichen Körper ist nicht möglich. Bei einer Minderheit (< 5 Prozent) – den so genannten Long Term Non-Progressors – bricht die Krankheit aus bisher noch nicht geklärten Gründen erst nach Jahrzehnten oder möglicherweise nie aus.

AIDS – Acquired Immune Deficiency Syndrome (erworbenes Immundefekt-Syndrom) ist eine Immunschwächekrankheit und die Folge einer Infektion mit dem HI-Virus.

HIV-positiv bedeutet, dass das HI-Virus im Blut und anderen Körperflüssigkeiten enthalten ist. Erst wenn das Immunsystem so stark geschädigt ist, dass es sich gegen Krankheiten verschiedenster Art nicht mehr zur Wehr setzen kann, wird von aidskrank gesprochen.

## ■ ■ Global Health Governance (GHG)

### Herausbildung von GHG-Institutionen bei der globalen Bekämpfung von HIV/AIDS, zeitlicher Verlauf

<b>1981</b>	Entdeckung von HIV/AIDS
<b>1985</b>	1. Internationale AIDS-Konferenz in Atlanta (USA) ca. 2,5 Millionen Menschen sind HIV-Positiv
<b>1987</b>	„Global Programme on AIDS (GPA)“ der World Health Organization (WHO)
<b>1995</b>	Die Gesamtzahl der HIV-Positiven steigt auf 20 Millionen
<b>1996</b>	Entstehung des „Joint UN Programme on HIV/AIDS (UNAIDS)“
<b>1998</b>	„Global Business Coalition on HIV/AIDS (GBC)“ von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen
<b>2000</b>	Der UN-Sicherheitsrat behandelt zum ersten Mal ein Gesundheitsthema: “The impact of AIDS on peace and security in Africa” Die UN-Hauptversammlung berücksichtigt AIDS in der Millenniumserklärung Die ILO veröffentlicht das „Programme on HIV/AIDS and the World of Work“ „Multi-Country HIV/AIDS Programme for Africa (MAP)“ der Weltbank
<b>2001</b>	Sondersitzung der UN-Generalversammlung zu HIV/AIDS: „Declaration of Commitment“ Gründung des „Global Fund to fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM)“ Doha-Erklärung der WTO: Teilsieg von Public Health über ökonomische Interessen
<b>2002</b>	„Global Health Initiative (GHI)“ des World Economic Forum
<b>2003</b>	Große Gewerkschaftsverbände beschließen das „Global Unions Programme on HIV/AIDS“
<b>2006</b>	„High Level Meeting on AIDS“ einberufen von der UN-Generalversammlung
<b>2008</b>	„High Level Meeting on AIDS“ einberufen von der UN-Generalversammlung Die Gesamtzahl der HIV-Positiven liegt bei mehr als 33 Millionen
<b>2010</b>	Bis heute hat AIDS deutlich mehr als 25 Millionen Opfer gefordert Noch immer infizieren sich jede Minute etwa 5 Menschen neu mit dem HI-Virus

Quelle: eigene Darstellung

## ■ **Global Fund to fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM)**

**Gesamte Mittelverteilung nach sieben Vergaberunden (12 Mrd. US-Dollar), bis Ende 2008**

<b>Verteilung ...</b>		<b>in Prozent</b>
<b>... nach Krankheiten</b>	<b>HIV/AIDS</b>	61
	<b>Malaria</b>	25
	<b>Tuberkulose</b>	14
<b>... nach Ausgabebereichen</b>	<b>Medikamente / medizinische Produkte</b>	45
	<b>Humankapital / Ausbildung von Fachpersonal</b>	23
	<b>Verwaltung</b>	10
	<b>Infrastruktur / Ausrüstung</b>	9
	<b>Überwachung und Evaluation</b>	3
	<b>sonstige</b>	10
<b>... nach Staaten</b>	<b>Staaten mit niedrigem Einkommen</b>	68
	<b>Staaten mit mittlerem Einkommen</b>	32
<b>... nach Regionen</b>	<b>subsaharisches Afrika</b>	57
	<b>Ostasien und Pazifik</b>	12
	<b>Osteuropa und Zentralasien</b>	9
	<b>Lateinamerika und Karibik</b>	8
	<b>Südasien</b>	8
	<b>Mittlerer Osten und Nordafrika</b>	6



## ■ **Global Fund to fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM)**

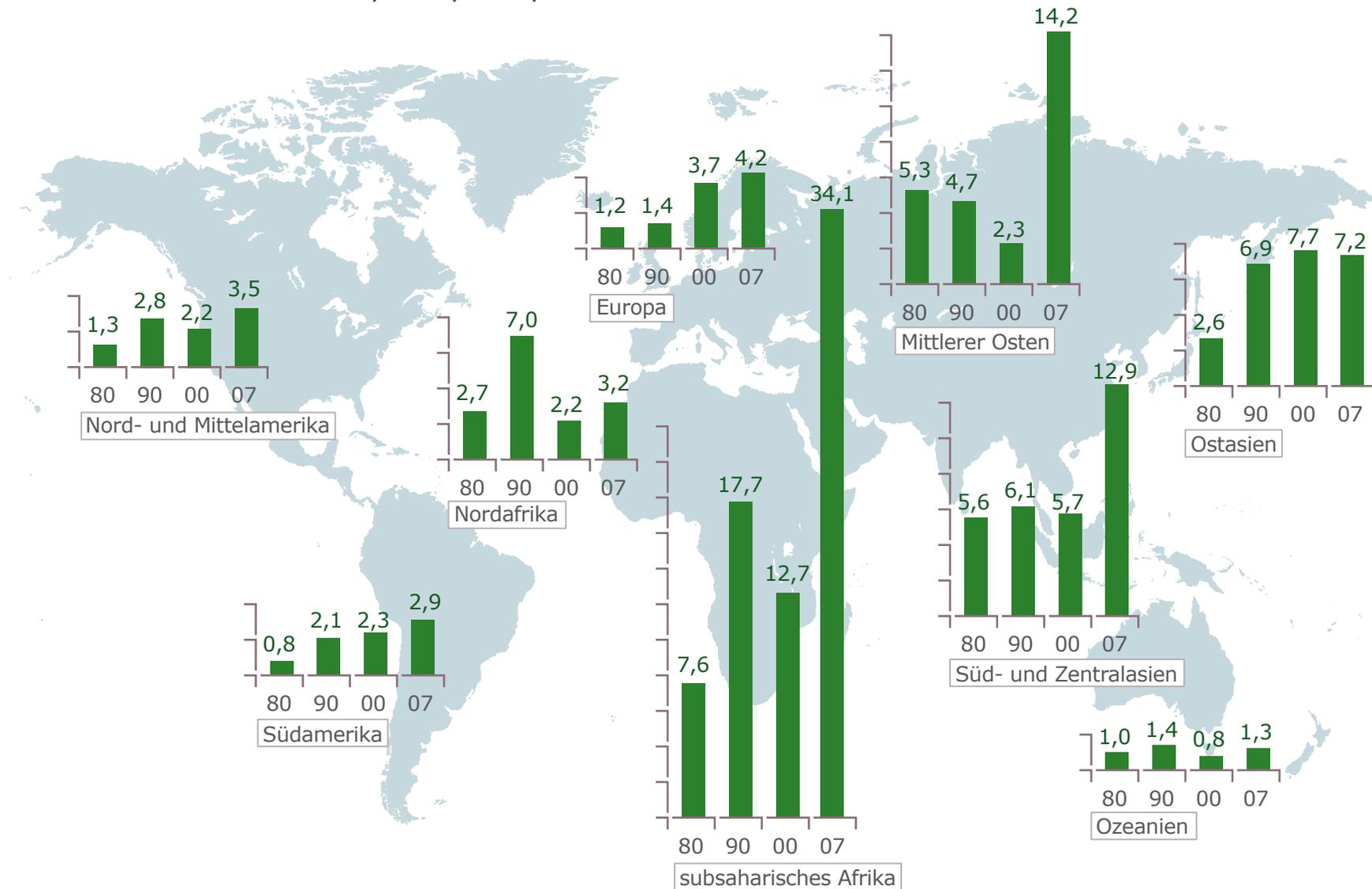
**Gesamte Mittelverteilung nach sieben Vergaberunden (12 Mrd. US-Dollar), bis Ende 2008**

<b>Verteilung ...</b>		<b>in Prozent</b>
<b>... nach Sektoren</b>	<b>Regierungen</b>	60
	<b>NGOs / Privatsektor</b>	17
	<b>multilaterale Organisationen</b>	12
	<b>sonstige</b>	11

Quelle: The Global Fund: [www.theglobalfund.org](http://www.theglobalfund.org)

# ■ Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

In Milliarden US-Dollar, 1980, 1990, 2000 und 2007



# ■ Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

## ■ Fakten

Der Entwicklungshilfesausschuss der OECD, zu dem 22 der 30 OECD Staaten gehören, definiert Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA – Official Development Assistance) als Leistung, die von öffentlichen Stellen stammt und den ökonomisch sich entwickelnden Staaten entweder direkt oder über internationale Organisationen zur Verfügung gestellt wird. Das Hauptziel der ODA ist die Förderung der ökonomischen und sozialen Entwicklung. Weiter muss die ODA ein Zuschuss-Element von mindestens 25 Prozent beinhalten (Konzessionsalität). Für die Anrechnung als ODA müssen alle Bedingungen erfüllt sein.

Die für die ODA zur Verfügung stehenden Mittel haben sich kontinuierlich erhöht. In laufenden Preisen stieg die empfangene ODA von 4,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 1960 – über 32,0 Milliarden US-Dollar 1985 – auf 105,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2007. Allerdings relativiert sich diese enorme Steigerung, wenn die Entwicklung in konstanten Preisen betrachtet wird. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen hat sich die ODA zwischen 1960 und 2007 nicht verünfundzwanzigfach, sondern lediglich verdreifacht.

Die im Entwicklungshilfesausschuss der OECD vertretenen Staaten – die so genannten DAC-Mitglieder (DAC – Development Assistance Committee) – haben den größten Anteil an der ODA. Im Jahr 2007 leisteten allein zehn DAC-Mitglieder 81,0 Prozent der gesamten ODA. Auf nur fünf Staaten – USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Japan – entfielen 58,4 Prozent. Die USA hatten dabei einen Anteil von mehr als einem Fünftel an den gesamten ODA-Leistungen.

Werden die absoluten ODA-Leistungen jedoch auf das Bruttonationaleinkommen (BNE) bezogen, brachten im Jahr 2007 alle fünf Hauptgeber weniger Mittel für die ODA auf als der Durchschnitt der DAC-Mitglieder (0,45 Prozent). Die USA, die 0,16 Prozent ihres BNE für ODA-Leistungen aufwendeten, belegten sogar den letzten Platz. Gemessen am BNE leisteten Norwegen (0,95 Prozent), Schweden (0,93 Prozent) und Luxemburg (0,91 Prozent) die größten Beiträge, es folgten die Niederlande und Dänemark. Deutschland lag mit ODA-Leistungen in Höhe von 0,37 Prozent des BNE im Mittelfeld der DAC-Mitglieder.

Entgegen der häufig formulierten Forderung, die ODA-Leistungen auf 0,7 Prozent des BNE der DAC-Staaten zu steigern, fielen die Leistungen in den 1990er-Jahren kontinuierlich von 0,33 auf 0,22 Prozent des BNE. Nach einer Phase der Stagnation erhöhten sich die Leistungen seit Anfang dieses Jahrhunderts zunächst wieder: Im Jahr 2004 wendeten die DAC-Mitglieder 0,26 Prozent ihres BNE für die ODA auf, 2005 wurde mit 0,33 Prozent sogar der höchste Wert seit 1992 erreicht. In den Jahren 2006 und 2007 sank der Anteil der ODA jedoch auf 0,31 bzw. 0,28 Prozent des BNE der DAC-Mitglieder. Bezogen auf das Jahr 2007 entsprach das 115 US-Dollar pro Kopf.

Im Jahr 2005 beschloss der DAC-Mitglieder und auch der Europäische Rat, die ODA bis 2015 auf 0,7 Prozent des BNE zu erhöhen. Allerdings wurde dieses Ziel bereits 1969 formuliert und für 1975 anvisiert – und bisher in keinem Jahr erreicht. Auch das Vorhaben der

## ■ Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

DAC-Mitglieder aus dem Jahr 2002, die Ausgaben für die ODA bis zum Jahr 2006 auf 0,39 Prozent des BNE zu steigern, wurde nicht umgesetzt. Zuletzt wurde im Rahmen der EU vereinbart, die ODA-Leistungen bis 2010 auf 0,51 Prozent des BNE zu erhöhen.

Bis Anfang der 1990er-Jahre war die ODA noch die wichtigste externe Finanzierungsquelle der ökonomisch sich entwickelnden Staaten. Heute haben die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) und die Auslandsüberweisungen von Migranten in ihre Heimatstaaten ein größeres Gewicht. Auch deshalb meinen Kritiker der ODA, es sei wichtiger, die Handelsbeschränkungen gegenüber den ökonomisch sich entwickelnden Staaten zu reduzieren als die ODA-Mittel aufzustocken. Allerdings gibt es regionale Ausnahmen: in Subsaharischer Afrika entsprach die ODA im Jahr 2007 gut vier Prozent des BIP und war damit rund dreimal so hoch wie die erhaltenen Auslandsüberweisungen bzw. immer noch leicht höher als die ausländischen Direktinvestitionen.

### ■ Datenquelle

Basierend auf: Dataset 2b. ODA by Recipient by Region, Development Database on Aid from DAC Members, [www.oecd.org/dac/stats/idsonline](http://www.oecd.org/dac/stats/idsonline), © Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)

### ■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

OECD – Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Leistungen an Staaten, die als Übergangstaaten (mittel- und osteuropäische Staaten, Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und Schwellenländer) gelistet sind, sind nicht ODA-anrechenbar, sondern werden als Offizielle Hilfe (OA – Official Aid) erfasst.

Das Bruttonationaleinkommen (BNE, früher BSP) wird berechnet, indem vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) die an das Ausland fließenden Löhne und Gewinne (Faktoreinkommen) abgezogen und entsprechend die vom Ausland ins Inland fließenden Faktoreinkommen addiert werden.

## ■ Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

In absoluten Zahlen, 1960 bis 2007

	ODA – Official Development Assistance, in Mio. US-Dollar			
	1960	1970	1980	1990
<b>ökonomisch sich entwickelnde Staaten</b>	4.255	6.838	33.426	56.959
darunter:				
<b>subsaharisches Afrika</b>	596	1.147	7.552	17.735
<b>Mittlerer Osten</b>	282	460	5.316	4.709
<b>Süd- und Zentralasien</b>	1.056	1.375	5.568	6.121
<b>Ostasien</b>	830	1.479	2.631	6.895
<b>Europa</b>	385	179	1.198	1.424
<b>Nord- und Mittelamerika</b>	80	338	1.274	2.789
<b>Nordafrika</b>	717	496	2.717	7.020
<b>Südamerika</b>	98	640	787	2.057
<b>Ozeanien</b>	23	264	1.023	1.373
<b>nicht zugeordnete Staaten</b>	140	351	4.927	5.854
<b>ökonomisch am wenigsten entwickelte Staaten (LDCs)</b>	369	843	8.601	16.518

Quelle: ODA by Recipient by Region, data taken from OECD.Stat: <http://stats.oecd.org>, accessed 8 June 2009

## ■ Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

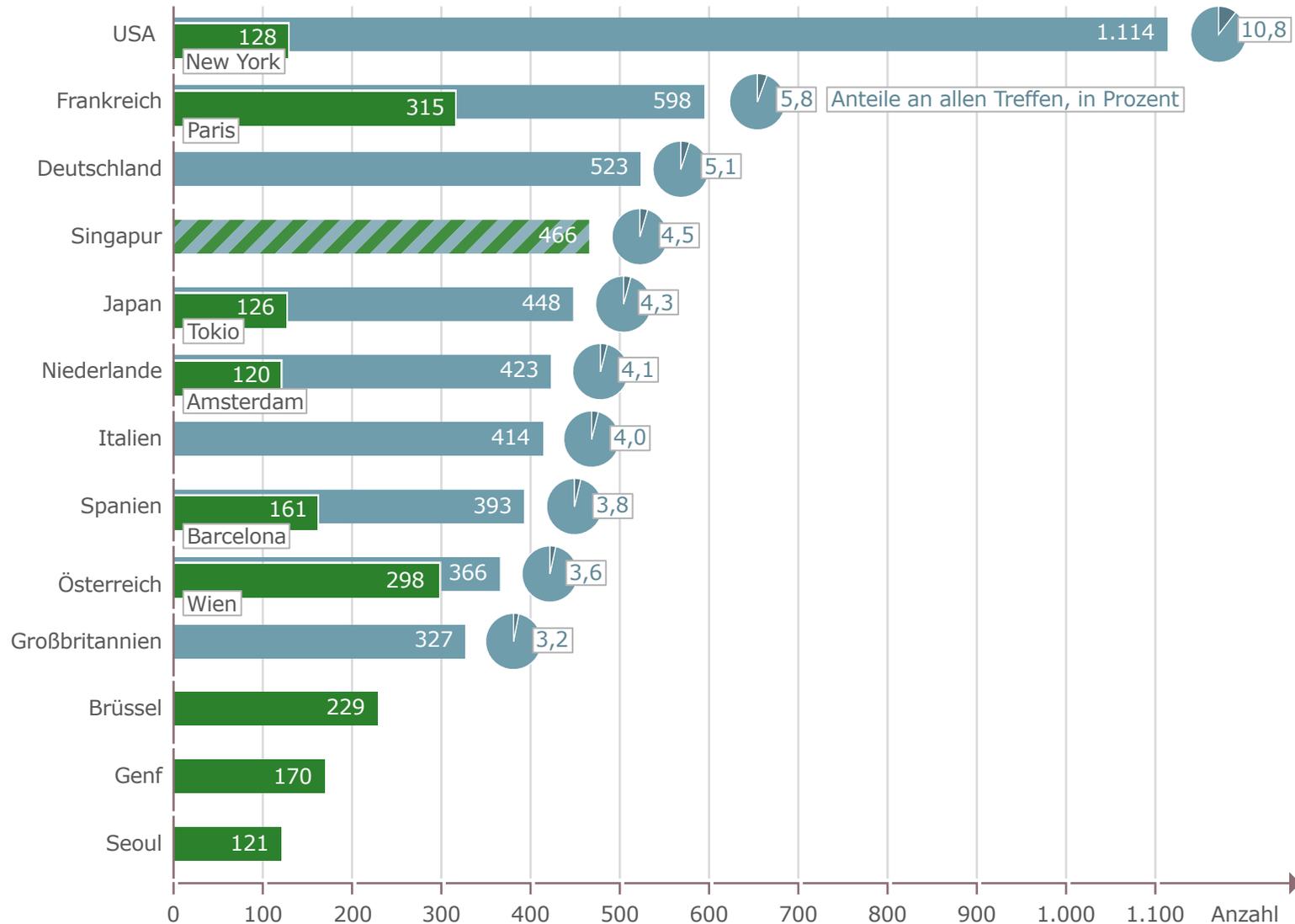
In absoluten Zahlen, 1960 bis 2007

	ODA – Official Development Assistance, in Mio. US-Dollar			
	2000	2004	2006	2007
<b>ökonomisch sich entwickelnde Staaten</b>	49.877	78.920	105.876	105.284
darunter:				
<b>subsaharisches Afrika</b>	12.720	25.973	40.025	34.089
<b>Mittlerer Osten</b>	2.314	7.500	14.146	14.237
<b>Süd- und Zentralasien</b>	5.720	9.089	11.394	12.888
<b>Ostasien</b>	7.667	5.942	6.515	7.203
<b>Europa</b>	3.716	3.600	5.027	4.175
<b>Nord- und Mittelamerika</b>	2.206	3.402	3.425	3.476
<b>Nordafrika</b>	2.205	2.986	2.739	3.179
<b>Südamerika</b>	2.251	2.953	3.228	2.862
<b>Ozeanien</b>	816	936	1.198	1.296
<b>nicht zugeordnete Staaten</b>	8.968	15.289	16.037	19.153
<b>ökonomisch am wenigsten entwickelte Staaten (LDCs)</b>	12.618	25.215	28.189	32.470

Quelle: ODA by Recipient by Region, data taken from OECD.Stat: <http://stats.oecd.org>, accessed 8 June 2009

## Internationale Treffen in Staaten und Städten

In absoluten Zahlen und Anteile an allen internationalen Treffen in Prozent, 2007



Quelle: Union of International Associations (UIA): International Meeting Statistics for the Year 2007  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de



## Internationale Treffen in Staaten und Städten

### ■ Fakten

Im Jahr 2007 fanden 10.318 internationale Treffen statt – damit wurde der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2000 nur leicht unterschritten. Zuvor war die Anzahl internationaler Treffen zwischen 2001 und 2006 von mehr als 9.200 auf knapp 8.900 gesunken.

Wie in den Jahren zuvor wurden auch im Jahr 2007 mehr als die Hälfte aller internationalen Treffen in Europa ausgerichtet. Allerdings hat sich dieser Anteil in den 1990er-Jahren stetig verringert – von 62,3 Prozent 1991 auf 56,2 Prozent im Jahr 2000. In den Folgejahren erhöhte sich der Anteil und lag 2006 bei rund 59 Prozent. Im Jahr 2007 fiel der Anteil mit 53,8 Prozent wiederum unter das Niveau des Jahres 2000.

Eine weitere Besonderheit des Jahres 2007 besteht darin, dass der Anteil Asiens an der Ausrichtung internationaler Treffen mit 19,9 Prozent erstmals über dem Anteil Nord- und Südamerikas lag (19,2 Prozent). Zu Beginn dieses Jahrhunderts lag der entsprechende Anteil Asiens noch bei rund 13 Prozent und der Anteil Nord- und Südamerikas bei deutlich über 21 Prozent. Der Anteil an der Ausrichtung internationaler Treffen der Regionen Afrika (2007: 3,9 Prozent) und Australasien-Pazifik (2007: 3,2 Prozent) hat sich in dieser Zeit uneinheitlich entwickelt. Während der Anteil Afrikas in den Jahren 2003 bis 2005 mit jeweils 4,8 Prozent einen Höhepunkt erreichte, fiel der Anteil der Region Australasien-Pazifik zwischen 2000 und 2006 von 4,4 auf 2,6 Prozent.

Von den Internationalen Treffen fanden im Jahr 2007 gut 49 Prozent in nur zehn Staaten statt. Allein auf die USA, Frankreich und Deutsch-

land – die seit 2003 die Plätze eins bis drei belegen – entfielen 21,7 Prozent aller Internationalen Treffen. Daneben waren Italien, Spanien, Österreich und Großbritannien ebenfalls von 2003 bis 2007 unter den Top Ten. China, das im Jahr 2004 zu den zehn Staaten gehörte, in denen am meisten Internationale Treffen stattfanden, wurde 2005 dauerhaft durch die Niederlande verdrängt. Die Aufsteiger Singapur und Japan lösten Belgien und die Schweiz ab.

Wie bei den Staaten sind die internationalen Treffen auch stark auf einzelne Städte konzentriert: Im Jahr 2007 entfiel mehr als ein Fünftel aller internationalen Treffen auf nur zehn Städte (20,7 Prozent). 2003 lag dieser Wert noch bei 16,5 Prozent. Die meisten internationalen Treffen wurden im Jahr 2007 in Singapur (4,5 Prozent), Paris (3,1 Prozent) und Wien (2,9 Prozent) ausgerichtet. Neben den Städten Paris und Wien – die 2003 bis 2006 durchgehend auf Platz eins und zwei standen – waren zwischen 2003 und 2007 auch Singapur, Brüssel, Genf und Barcelona ohne Unterbrechung unter den Top Ten zu finden.

Die Verteilung der internationalen Treffen folgt grob der ökonomischen Bedeutung der einzelnen Regionen. Auch wenn sich hieran in naher Zukunft wenig ändern wird, entfallen die höchsten Zuwächse bei der Ausrichtung internationaler Treffen auf Staaten, die bisher nur eine marginale Rolle gespielt haben. Zwischen 1995 und 2004 stieg die Zahl der Internationalen Treffen am stärksten in Estland (plus 300 Prozent), Island (plus 268 Prozent), Algerien (plus 233 Prozent), Tansania (plus 150 Prozent), Fidschi (plus 138 Prozent) und Vietnam (plus 130 Prozent).



## ■ Internationale Treffen in Staaten und Städten

### ■ **Datenquelle**

Union of International Associations (UIA): International Meeting Statistics for the Year 2007, International Meeting Statistics, verschiedene Jahrgänge

### ■ **Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen**

Nach der Definition der Union of International Associations (UIA) müssen an einem internationalen Treffen mindestens 300 Personen aus mindestens fünf verschiedenen Staaten teilnehmen. 40 Prozent der Teilnehmer müssen aus dem Ausland stammen und das Treffen muss mindestens drei Tage lang dauern. Allerdings darf bei einer parallel stattfindenden Messe/Ausstellung die Teilnehmerzahl von 300 unterschritten werden.

Ausgenommen sind Treffen, die in erster Linie einen religiösen, didaktischen, parteipolitischen, kommerziellen oder sportiven Charakter haben – wie zum Beispiel Gottesdienste, Bildungs- und Verkaufsveranstaltungen, Parteitage, Messen oder Wettbewerbe. Ebenfalls ausgenommen sind Treffen mit Zugangsbeschränkungen – wie Kommissions- und Gremiensitzungen oder Expertentreffen.



## Internationale Treffen in Staaten und Städten

In absoluten Zahlen und Anteile an allen internationalen Treffen in Prozent, 2007

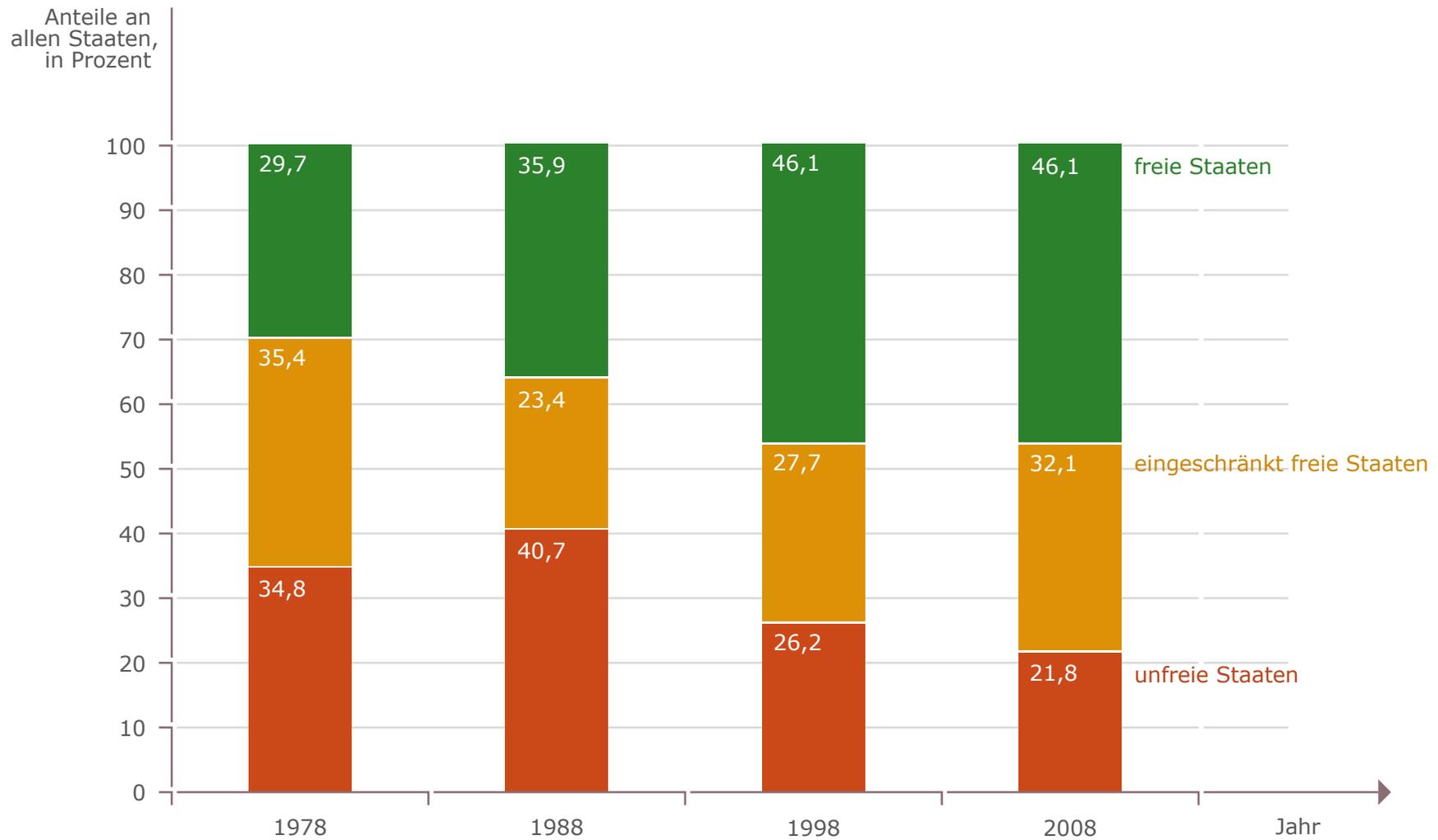
	Anzahl	Anteile an allen Treffen, in Prozent
	nach Staaten	
<b>USA</b>	1.114	10,80
<b>Frankreich</b>	598	5,80
<b>Deutschland</b>	523	5,07
<b>Singapur</b>	466	4,52
<b>Japan</b>	448	4,34
<b>Niederlande</b>	423	4,10
<b>Italien</b>	414	4,01
<b>Spanien</b>	393	3,81
<b>Österreich</b>	366	3,55
<b>Großbritannien</b>	327	3,17
<b>insgesamt</b>	5.072	49,17

	Anzahl	Anteile an allen Treffen, in Prozent
	nach Städten	
<b>Singapur</b>	465	4,51
<b>Paris</b>	315	3,05
<b>Wien</b>	298	2,89
<b>Brüssel</b>	229	2,22
<b>Genf</b>	170	1,65
<b>Barcelona</b>	161	1,56
<b>New York</b>	128	1,24
<b>Tokio</b>	126	1,22
<b>Seoul</b>	121	1,17
<b>Amsterdam</b>	120	1,16
<b>insgesamt</b>	2.133	20,67

Quelle: Union of International Associations (UIA): International Meeting Statistics for the Year 2007

## ■ Politische Freiheit

Anteile der freien, eingeschränkt freien und unfreien Staaten in Prozent, 1978 bis 2008



## ■ ■ Politische Freiheit

### ■ Fakten

Abgesehen von kleineren Schwankungen im Zeitverlauf hat sich der Anteil der freien Staaten seit Mitte der 1970er-Jahre kontinuierlich erhöht. Galt 1975 lediglich ein Viertel aller Staaten als frei, waren es 1990 bereits 40 Prozent und 2008 rund 46 Prozent aller Staaten. Während der Anteil der eingeschränkt freien Staaten in den meisten Jahren seit 1975 bei etwa einem Drittel lag, hat sich der Anteil der unfreien Staaten langfristig reduziert. Im Jahr 2008 galten 22 Prozent aller Staaten als unfrei (1975: 41 Prozent). Allerdings lebten in diesen 22 Prozent aller Staaten 34 Prozent der Weltbevölkerung – knapp 2,3 Milliarden Menschen.

Gegenüber dem Jahr 2007 nahmen die politischen Rechte und/oder das Ausmaß an Bürgerrechten in 34 Staaten ab und in lediglich 14 Staaten nahmen sie zu. In einigen Staaten erfolgte hierdurch eine Änderung des Gesamtstatus: Afghanistan und Mauretanien wurden von eingeschränkt freien Staaten zu unfreien Staaten, Senegal verlor seinen Status als freier Staat. Auf der anderen Seite fielen die zuvor noch unfreien Staaten Pakistan, Malediven und Bhutan im Jahr 2008 in die Kategorie der eingeschränkt freien Staaten.

Bei der Verteilung der freien, eingeschränkt freien und unfreien Staaten bestehen große Unterschiede zwischen den Regionen. Nirgendwo ist der Anteil unfreier Staaten höher als im Nahen Osten und in Nordafrika. Von 18 Staaten galten im Jahr 2008 sechs als eingeschränkt frei und elf als unfrei. Nur Israel galt als frei und war gleichzeitig auch die einzige parlamentarische Demokratie.

Im subsaharischen Afrika überwogen 2008 ebenfalls die eingeschränkt freien und unfreien Staaten. Von den insgesamt 48 Staaten galten 23 Staaten als eingeschränkt frei (48 Prozent) und 15 Staaten als unfrei (31 Prozent). Problematisch ist dabei, dass sich die Lage bei rund einem Viertel der Staaten gegenüber dem Vorjahr verschlechterte; in vier Staaten war eine leichte Verbesserung festzustellen.

Westeuropa ist nicht nur die Region mit dem höchsten Anteil an freien Staaten, sondern auch die einzige Region der Welt, in der kein Staat unfrei ist. Alle 25 Staaten sind parlamentarische Demokratien. 24 Staaten bzw. 96 Prozent aller Staaten sind frei; nur die Türkei galt 2008 als eingeschränkt freier Staat. Allerdings ist – ausgehend von einem sehr hohen Freiheitsniveau – auch für Italien und Griechenland im Jahr 2008 eine leichte Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr festzustellen.

Die Nicht-Regierungsorganisation (NGO) Freedom House betont, dass die politische Freiheit auch in Staaten zugenommen hat, die stark vom Islam beeinflusst sind. Von den Staaten, in denen die Mehrheit der Bevölkerung dem muslimischen Glauben anhängt, galt 1995 nur einer als frei; 13 waren eingeschränkt frei und 32 Staaten galten als unfrei (70 Prozent). Im Jahr 2005 erhöhte sich die Zahl der freien Staaten auf drei und die der eingeschränkt freien Staaten auf 20. Die Zahl der unfreien Staaten sank hingegen auf 23 (50 Prozent).

Im Jahr 2008 waren 42 Staaten unfrei – das heißt, dass den Menschen in diesen Staaten mehrere Freiheitsrechte verweigert wurden. Nach

## ■ **Politische Freiheit**

den Maßstäben von Freedom House waren im selben Jahr acht der unfreien Staaten extrem unfrei. Darunter sehr unterschiedliche politische Systeme: Nordkorea als sozialistischer Einparteistaat, die zentralasiatischen Staaten Turkmenistan und Usbekistan, die von Diktatoren regiert werden, deren politische Macht eng mit der kommunistischen Vergangenheit ihrer Staaten verbunden ist, der arabische Staat Libyen, der unter der Herrschaft eines säkularen Diktators steht, sowie der Sudan, der von radikalen Islamisten und einer Militärjunta regiert wird. Zu den extrem unfreien Staaten gehören weiter Myanmar, das unter der strengen Kontrolle einer Militärdiktatur steht, Äquatorialguinea, das durch massive Menschenrechtsverletzungen auffällt, und Somalia als so genannter ‚Failed State‘ (gescheiterter/zerfallender Staat).

Neben diesen acht Staaten galten im Jahr 2008 zwei Staatsterritorien als extrem unfrei: Das unter chinesischer Herrschaft stehende Tibet und Tschetschenien, wo Teile der Bevölkerung für die Unabhängigkeit von Russland kämpfen.

### ■ **Datenquelle**

Freedom House: Freedom in the World – Country Ratings,  
[www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org)

### ■ **Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen**

Nach Freedom House gilt ein Staat als frei, wenn die Staatsbürger

- frei am politischen Prozess teilnehmen können,
- in freien Wahlen frei wählen können,
- durch Personen repräsentiert werden, die rechenschaftspflichtig sind,
- frei in der Wahl ihres Glaubens und bei der Ausübung ihrer Religion sind,

- das Recht zur Versammlung und zur Bildung von Zusammenschlüssen haben,
- Zugang zu einem gerechten Rechtssystem haben,
- unabhängige Medien nutzen können,
- soziale und ökonomische Freiheiten haben – einschließlich des Rechts auf Eigentum.

Dabei ist zu beachten, dass nicht alle Demokratien sämtliche Kriterien voll erfüllen und demnach auch „eingeschränkt frei“ sein können.



## Politische Freiheit

Freie, eingeschränkt freie und unfreie Staaten in absoluten Zahlen und Anteile an allen Staaten in Prozent, 1978 bis 2008

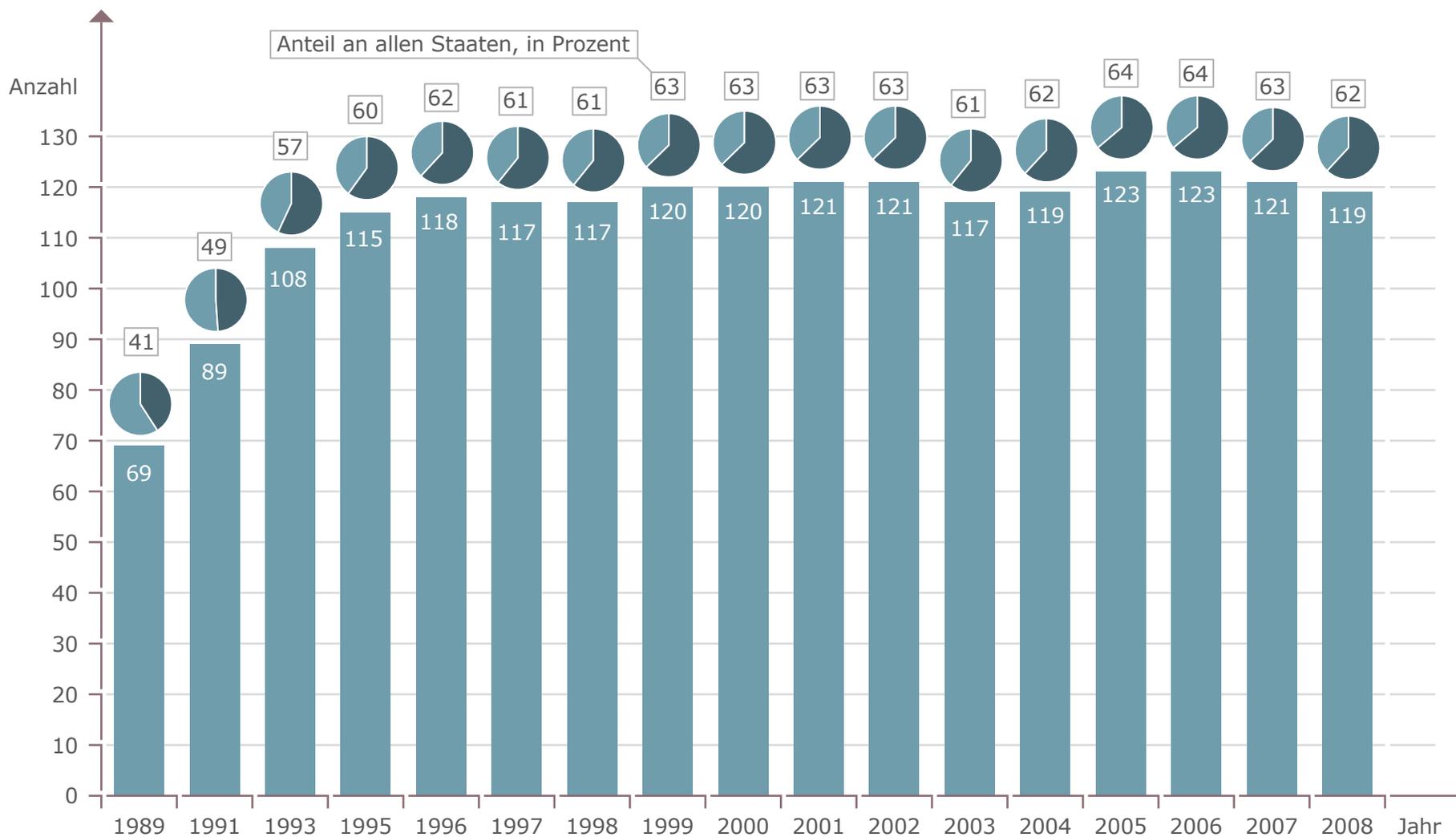
	1978	1988*	1998	2008
<b>Anzahl freier Staaten</b>	47	60	88	89
<b>Anteile an allen Staaten, in Prozent</b>	29,7	35,9	46,1	46,1
<b>Anzahl eingeschränkt freier Staaten</b>	56	39	53	62
<b>Anteile an allen Staaten, in Prozent</b>	35,4	23,4	27,7	32,1
<b>Anzahl unfreier Staaten</b>	55	68	50	42
<b>Anteile an allen Staaten, in Prozent</b>	34,8	40,7	26,2	21,8

\* Betrachtungszeitraum: Nov. 1987 bis Nov. 1988

Quelle: Freedom House: Freedom in the World – Country Ratings

## ■ Verbreitung demokratischer Staaten

In absoluten Zahlen und Anteil an allen Staaten in Prozent, 1989 bis 2008



## ■ ■ **Verbreitung demokratischer Staaten**

### ■ **Fakten**

Im Jahr 2008 gab es nach Angaben der Nicht-Regierungsorganisation Freedom House 119 parlamentarische Demokratien. Das entsprach knapp 62 Prozent aller Staaten weltweit. Der bisherige Höchstwert wurde in den Jahren 2005 und 2006 mit 123 parlamentarischen Demokratien bzw. einem Anteil von 64 Prozent erreicht. Gegenüber dem Jahr 2007 sind Georgien, Mauretanien, Venezuela und die Zentralafrikanische Republik aus der Liste der parlamentarischen Demokratien herausgefallen, Bangladesch sowie Bosnien und Herzegowina sind neu hinzugekommen.

Die Demokratie ist die dominierende Staatsform in West- und Zentraleuropa sowie in Nord- und Südamerika. Nach der Klassifizierung von Freedom House sind alle 25 Staaten Europas parlamentarische Demokratien – dabei war die Türkei der einzige Staat, der 2008 als lediglich eingeschränkt frei galt. Von den 35 Staaten Nord- und Südamerikas waren im selben Jahr 33 parlamentarische Demokratien – davon wurden 25 Staaten als frei und acht als eingeschränkt frei eingestuft. Zwei Staaten (Kuba und Venezuela) galten als unfrei.

In Asien war mit 20 von 39 Staaten gut die Hälfte der Staaten demokratisch. 16 der 20 demokratischen Staaten galten als frei, vier als eingeschränkt frei. Weiter waren im Jahr 2008 insgesamt 18 der 28 ehemals kommunistischen Staaten in Zentral- und Osteuropa parlamentarische Demokratien – davon galten 13 Staaten als frei und fünf als eingeschränkt frei. In Zentraleuropa sowie den baltischen Staaten ist die Demokratie fest etabliert. Hingegen wurden noch immer sieben der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion als unfrei eingestuft.

Im subsaharischen Afrika waren im Jahr 2008 trotz der Fortschritte in der Vergangenheit nur 22 der insgesamt 48 Staaten demokratisch. Davon galten nach Freedom House zehn Staaten als frei und zwölf Staaten als eingeschränkt frei. Noch geringer ist der Anteil der parlamentarischen Demokratien nur im Nahen Osten und Nordafrika, wo Israel die einzige parlamentarische Demokratie ist.

Im Zeitalter der Globalisierung wird die Demokratisierung der Staatenwelt von vielen als unverzichtbar angesehen. Dies vor allem deshalb, weil die demokratische Legitimation als eine Grundvoraussetzung für das Gelingen von Global Governance, also für das Regieren im politischen Mehrebenensystem, angesehen wird. Nicht zuletzt um durch politische Kooperationen ein Gegengewicht zu den ökonomischen Kräften aufzubauen, engagieren sich auch zahlreiche NGOs beim Aufbau demokratischer Strukturen in den ökonomisch sich entwickelnden Staaten.

Parallel zur Zunahme demokratischer Staatsformen und der nahezu grenzenlosen Verbreitung demokratischer Ideen findet sich auch die These, dass die etablierten Demokratien durch die Globalisierung unter Druck geraten. Zwei Argumente sind dabei von zentraler Bedeutung. Zum einen wird darauf hingewiesen, dass politische Teilhabe ökonomische Teilhabe voraussetzt – zunehmender ökonomischer Stress hat demnach einen negativen Einfluss auf die politische Partizipation. Zum anderen wird problematisiert, dass öffentliche Interessen gegenüber privatwirtschaftlichen immer häufiger das Nachsehen haben: Die Verhandlungsmacht der Staaten und damit die Einflussnahme

## ■ **Verbreitung demokratischer Staaten**

demokratisch legitimerter Vertreter schwindet und ist häufig nur in Krisenzeiten gefragt. Parallel nimmt die Macht privater Interessen und die der Multinationalen Unternehmen zu.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Globalisierung nicht zwangsläufig eine Demokratisierung nach sich zieht. Gerade die Einbindung in den Weltmarkt hat in zahlreichen Staaten zu einer ökonomischen und in der Folge politischen Stärkung undemokratischer Regime geführt.

Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass trotz der rasanten Verbreitung demokratischer Staatsformen noch immer 34 Prozent aller Menschen in unfreien Staaten leben. Aufgrund des überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums in diesen Staaten wird sich die absolute Zahl der Menschen, die nicht in Demokratien leben, zunächst weiter erhöhen.

### ■ **Datenquelle**

Freedom House: Freedom in the World 2009: Global Data,  
[www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org)

### ■ **Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen**

Die Nicht-Regierungsorganisation (NGO) Freedom House überprüft mit Hilfe diverser, öffentlich dargelegter Indikatoren den Freiheitsgrad von Staaten und staatlichen Territorien. So spielen etwa die Freiheit der Wahlen und die Ausprägung des Parlamentarismus bei der Beurteilung eine Rolle, ebenso die Freiheit der Religionsausübung sowie die Meinungs- und Pressefreiheit. Da nicht alle Demokratien sämtliche Freiheits-Kriterien voll erfüllen, sind bei Freedom House auch „eingeschränkt freie“ Demokratien aufgeführt.

## ■ ■ **Verbreitung demokratischer Staaten**

In absoluten Zahlen und Anteil an allen Staaten in Prozent, 1989 bis 2008

	Demokratische Staaten	
	Anzahl	Anteil an allen Staaten, in Prozent
<b>1989</b>	69	41
<b>1990</b>	76	46
<b>1991</b>	89	49
<b>1992</b>	99	53
<b>1993</b>	108	57
<b>1994</b>	113	59
<b>1995</b>	115	60
<b>1996</b>	118	62
<b>1997</b>	117	61
<b>1998</b>	117	61

	Demokratische Staaten	
	Anzahl	Anteil an allen Staaten, in Prozent
<b>1999</b>	120	63
<b>2000</b>	120	63
<b>2001</b>	121	63
<b>2002</b>	121	63
<b>2003</b>	117	61
<b>2004</b>	119	62
<b>2005</b>	123	64
<b>2006</b>	123	64
<b>2007</b>	121	63
<b>2008</b>	119	62

Quelle: Freedom House: Freedom in the World – Electoral Democracies